

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 Mk.
Im voraus zahlbar. Vierteljahr 6,75 Mk.
einmal. Beleggeld. Auslandspostzusatz
1,00 Mk. — P. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags
zweimal, Sonntags und Feiertagen
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, Illustrierte Beilagen „Ball
und Zeit“ und „Kinderfreund“, „Frauen-
Unterhaltung“ und „Wissen“, „Frauen-
Wissen“, „Lehrzeit“, „Bild in die
Wälderwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Pönbelt 202-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Verkaufsstelle: Berlin SW 68 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wollte 65. Diskonto-Gesellschaft, Postfach 10000

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konzentration
des „Vorwärts“ auf die
„Kleinanzeigen“ des
„Vorwärts“ ist ein
bedauerliches Zeichen
für die Abnahme der
Leserschaft. Die
„Kleinanzeigen“ sind
ein wichtiger Bestandteil
des „Vorwärts“ und
sollten nicht vernachlässigt
werden. Die
„Kleinanzeigen“ sind
ein wichtiger Bestandteil
des „Vorwärts“ und
sollten nicht vernachlässigt
werden.

England und Rheinlandmanöver.

Vorstoß der Arbeiterpartei. — Ein zynischer Kriegsminister.

London, 20. Dezember.

Im Unterhaus stellte Oberst Wedgwood (Arbeiterpartei) die Frage, ob bei den nächstjährigen Manövern im Rheinland für die Vermeidung der Teilnahme britischer Truppen an französischen Übungen Sorge getragen werde.

Kriegsminister Worthington Evans erwiderte: „Mein. Wenn britische Truppen wieder eingeladen werden, an diesen Manövern teilzunehmen, so wird diese Einladung im Lichte der dann herrschenden Verhältnisse geprüft werden.“

Riley (Arbeiterpartei) fragte, ob der Kriegsminister nicht auch glaube, daß eine derartige Beteiligung britischer Truppen darauf angelegt sei, in Deutschland Verwirrung herbeizuführen. Diese Frage wurde verneint.

Hierauf fragte Kenworthy (Arbeiterpartei): „Behandelt der Herr Minister diese ganze Angelegenheit als einen Scherz?“

Rennie Smith (Arbeiterpartei) fragte: „Kann der Kriegsminister sagen, ob diese Sonderaktion mit den freundschaftlichen Verpflichtungen, die wir Deutschland gegenüber eingegangen sind, in Einklang steht?“

Worthington Evans erklärte, diese neuen Fragen hätten nicht das Geringste mit der Beteiligung an den Manövern zu tun. Darauf entgegnete Kenworthy (Arbeiterpartei): „Der Herr Minister nimmt diese Angelegenheit nicht ernst. Sie ist sehr ernst.“

Wedgwood (Arbeiterpartei) fragte, ob der Minister, ehe er seine Zustimmung zu einer derartigen Beteiligung geben werde, seine Kabinettskollegen zu Rate ziehen werde.

Worthington Evans erwiderte: Alle Ermäßigungen werden im Betracht gezogen werden, wenn die Einladung im nächsten Jahr wiederholt wird.

Wedgwood fragte: Warum ist das nicht beim letzten Male geschehen? — Diese Frage blieb unbeantwortet.

Die Arbeiterpartei macht der konservativen Regierung des Landes schwer, aber diese hat es nicht besser verdient. Der außenpolitische Sturmhaup, bestehend aus einer

Gruppe erstklassiger Debatter und Fragesteller, wie Wedgwood, Kenworthy, Rennie Smith, Ben Riley, Thurle und andere, läßt keine Sitzung vergehen, ohne die zuständigen Minister, meist Chamberlain und Boker-Pampson, mit äußerst peinlichen Fragen zu bombardieren. Da diesen Fragen fast immer durch eine bedenkliche Handlung der Regierung veranlaßt sind, wissen sich die Minister meist nur so zu retten, daß sie ausweichend oder gar nicht antworten.

Diesmal war der Kriegsminister Worthington-Evans die Zielscheibe ihrer Kritik. Er ist es nämlich gewesen, der im vergangenen Sommer die Einladung zur Teilnahme britischer Truppenteile an den französischen Rheinlandmanövern angenommen hat, ohne sich beim auswärtigen Amt zu erkundigen, ob Bedenken vorliegen. Die ersten Antworten, die er gestern erteilte, waren zynisch, die letzten waren nur noch lässlich. Wenn Herr Worthington-Evans nicht sozial tauglich besitzt, um von selbst einzusehen, daß britische Teilnahme an französischen Manövern auf deutschem Boden mit dem Geiste von Locarno (und nicht zuletzt mit der doppelseitigen Garantierung, die England seit Locarno übernommen hat) unvereinbar ist, dann täte er gut, sich beim Foreign Office über Inhalt und Sinn des Rheinpaktes zu unterrichten.

Die einzige einigermassen treffende Antwort, die der Kriegsminister auf die gestrigen Anfragen hätte geben können, wäre gewesen: „Ich kann nicht einsehen, warum unsere Teilnahme an Manövern auf deutschem Boden unseren freundschaftlichen Verpflichtungen Deutschland gegenüber widerspricht, wenn die Anwesenheit unserer Truppen auf diesem Boden vom auswärtigen Amt mit dem Geiste von Locarno für vereinbar gehalten wird.“ Mit einer solchen Erwiderung hätte der Kriegsminister wenigstens den Schein der Logik auf seiner Seite gehabt — aber er hätte damit zugleich das schärfste Urteil über die Gesamthaltung seiner Regierung in der Räumungsfrage gefällt.

Die Antwort des Reichspräsidenten

Gestern an Dr. Simons übermittelt.

Der Reichspräsident hat auf die Beschwerde des Reichsgerichtspräsidenten gegen die Reichsregierung in einem Schreiben geantwortet. Das Schreiben ist gestern dem Reichskanzler zugegangen, der es mit einem Begleitschreiben an den Reichsgerichtspräsidenten weitergeleitet hat.

Die Antwort auf die Beschwerde wird veröffentlicht werden sobald das Schreiben in den Händen von Dr. Simons ist.

In der Presse wurde gestern die Vermutung ausgesprochen, daß der Reichspräsident in seiner Antwort den Standpunkt einnehme, daß das Reichskabinett korrekt gehandelt habe.

Angesichts der Sachlage war eine andere Stellungnahme des Reichspräsidenten nicht zu erwarten.

Rücktrittsgesuch eingereicht.

Der Reichsgerichtspräsident Dr. Simons hat gestern Pressevertretern in Leipzig mitgeteilt, daß er sein Rücktrittsgesuch eingereicht habe.

Dr. Simons gab für diesen Schritt folgende Erklärung: „Es ist richtig, daß ich unter dem 16. Dezember gleichzeitig mit der Eingabe, in der ich namens und im Auftrag des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich um Genehmigung für die Vereitelung des Termins am 15. Dezember durch die Reichsregierung gebeten habe, um meine Verabschiedung eingekommen bin. Es geht mir um die Verantwortung dafür, daß nicht alsbald nach dem Eingang des Zurrops Bodens auf Entsch einer einstimmigen Verfügung gegen das Reich wegen Offenhaltung der am 1. Januar 1929 frei werdenden Stellen im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn als Vorsitzender des Deutschen Staatsgerichtshofes, wozu ich nach meiner Auslegung seiner Geschäftsordnung befugt war, eine entsprechende Verfügung erlassen habe. Die Reichsregierung gewann dadurch die Frist, die sie benötigt hat, um die Stellen zu besetzen.“

Ich habe die Verfügung unterlassen, weil das Reich gegen die Verletzung eingeleitet und gleichzeitig gebeten hatte, noch im Laufe des Monats Dezember

zur Sache selbst zu entscheiden, da die Entscheidung dringlich war, und weil ich es vorzog, den schwerwiegenden Schritt der Unterlegung eines Hoheitsaktes der Reichsregierung dem Staatsgerichtshof selbst vorzubehalten. Obwohl ich bei der schwerwichtigen Geschäftsordnung des Staatsgerichtshofes an diesen gebunden bin, bis dahin die Sache noch nicht entscheidungsreif gemacht werden konnte, habe ich Termin auf den 15. Dezember angesetzt und alle Beteiligten veranlaßt, auf Innehaltung der vorgeschriebenen Frist zu verzichten. Diesen Verzicht hat auch die Reichsregierung ausgesprochen, ohne mir mitzuteilen, daß sie ihre Entscheidung vor dem 15. Dezember treffen müsse. Der Inhalt der Ernennungen ist vielmehr erst nachträglich am 14. Dezember telegraphisch und telephonisch mitgeteilt worden. Meine Hoffnung, im Termin bis 15. Dezember eine sachliche Verständigung zwischen den Parteien herbeizuführen, wurde dadurch und durch die Ablehnung einer Mittelung der Gründe des Vorgehens der Reichsregierung unmöglich gemacht.

Der Staatsgerichtshof hat einstimmig in diesem Verfahren eine schwere Kränkung erlitten und den bekannten Beschluß gefaßt. Da meine Geschäftsleitung diese Lage mit bedacht hat, habe ich daraus die Folgerung gezogen, von dem Vorsitz zurückzutreten.

Heute fällt Severings Schiedspruch!

Um 10 Uhr im Dortmunder Rathaus.

Düsseldorf, 20. Dezember.

Die gemeinsame Zusammenkunft der Arbeitgeberverbandsvertreter der nordwestlichen Gruppe und der Vertreter der drei Metallarbeiterverbände, zu der Reichsinnenminister Severing zur Verlesung seines Schiedspruches für die westdeutsche Eisenindustrie ursprünglich am Freitag nachmittag 4 Uhr eingeladen hatte, ist einer telegraphischen Mitteilung des Reichs an die beiden Parteien zufolge, bereits am Freitag vormittag 10 Uhr im Dortmunder Rathaus angefaßt. Der Spruch wird Freitag nachmittag bekanntgegeben.

Die alte Marine.

Ein Buch über die Ursachen des Zusammenbruchs.

Von Wilhelm Dittmann.

Wiederum erregt in der Öffentlichkeit ein Buch allgemeines Aufsehen, das die Marineverhältnisse im Weltkrieg und beim Zusammenbruch 1918 behandelt. Dieses Buch verdankt seine Entstehung den Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Reichstages über den Zusammenbruch. Als ich dort im Januar 1928 meine Rede gehalten hatte, die damals sofort unter dem Titel „Die Marinejustizmorde von 1917 und die Admiralsrebellion von 1918“ im Buchhandel erschien, beauftragte der Ausschuss, die Marineverhältnisse im Weltkrieg durch Sonderjahresverständige zu klären. Während aus den Kreisen der höheren Marineoffiziere Admiral v. Trotha zum Sonderjahresverständigen ernannt wurde, beauftragte der Ausschuss aus den Mannschaftskreisen den ehemaligen Matrosen Richard Stumpf, einen christlichen Arbeiter aus Nürnberg, und aus den Kreisen der mittleren Vorgesetzten den früheren Deckoffizier, späteren Marinesekretär Emil Alboldt mit diesem Amt.

Hatte meine Veröffentlichung bereits die öffentliche Aufmerksamkeit auf die alte Marine gelenkt, so stand sie vor Jahr und Tag wieder im Mittelpunkt kritischer Betrachtungen, als der Sonderjahresverständige Stumpf sein „Tagebuch eines christlichen Arbeiters“ unter dem Titel „Warum die Flotte zerbrach“, im Buchhandel erscheinen ließ. Und jetzt reiht sich als dritte sensationelle Veröffentlichung über die alte Marine den genannten Publikationen ein Buch an, das der Sonderjahresverständige Emil Alboldt unter dem Titel „Die Tragödie der alten deutschen Marine“ soeben herausgegeben hat, und das sein vor dem Ausschuss abgegebenes mündliches Gutachten in erweiterter Form der politischen Öffentlichkeit unterbreitet.

Das Buch Alboldts ist eine vernichtende Anklage gegen das absolutistische Putschsystem auf den Schiffen der alten Marine. Aus ihm spricht der Marinefachmann, der den ganzen Betrieb der „Kaiserlichen Marine“ aus der Praxis kennt, der jahrzehntelang der heimliche Vertrauensmann der Deckoffiziere und Marineunteroffiziere in Kiel war. Bei Alboldt lief all das Material zusammen, das im Reichstag der Vorkriegszeit und während des Krieges durch den fortschrittlichen Abgeordneten Dr. Struve in Kiel über die Verhältnisse bei der Marine zur Sprache gebracht wurde. Alboldt war der Gründer und erste Vorsitzende des Deckoffizierbundes, der sofort nach der Revolution ins Leben trat und der sich damals rückhaltlos auf den Boden der Republik stellte. Unsere Parteigenossen dürften es interessieren, daß der heutige Demokrat Emil Alboldt ein jüngerer Bruder unseres in der Berliner Partei gut bekannten und seit Jahrzehnten tätigen alten Genossen Alboldt ist.

Im Untersuchungsausschuss suchten der frühere Vizeadmiral und heutige volksparteiliche Abgeordnete Brüninghaus und der Sonderjahresverständige Admiral v. Trotha wiederholt Alboldts Sachkenntnis in Zweifel zu ziehen; sie wurden aber jedesmal von Alboldt in glänzender Weise abgefertigt. Es war direkt ein Genuß, wie der frühere Untergebene die beiden früheren Vorgesetzten gerade in marineteknischen Fragen, Geschwindigkeit, Geschosswirkung usw., der — Unwissenheit überführte. Alboldt war Stümmelner gewesen, kannte die Geschützbedienung aus der Praxis und hatte die Wirkung der englischen Marinegeschütze auf die deutschen Schlachtschiffe sofort nach ihrer Rückkehr mit eigenen Augen, mit den Augen des Fachmannes, gesehen. Im Ausschuss mühten sich die beiden Admirale vergebens, den Eindruck der Alboldtschen Ausführungen abzuschwächen. Sie verfahren dabei nach der Manier des Balkenbiegers Tirpitz: sie redeten an der Wahrheit vorbei. Wie, dafür nur ein Beispiel: Admiral v. Trotha behauptete vor dem Ausschuss:

„Von den englischen Treffern schweren Kalibers ist in der Stageracktschlacht kein einziges Panzergeschloß bis in die lebenswichtigen Teile unserer Schiffe eingedrungen.“

Alboldt entgegnete darauf:

„Dagegen steht fest: Auf dem „Derfflinger“ wurden die stärksten Panzer, nämlich die beiden hinteren 30,5 Zentimeter-Lärme, durch je ein schweres englisches Geschloß platzt durchgeschlagen; in beiden Fällen treperten diese Granaten erst in den Türmen selbst und anzündeten dort die vorhandene Breitschicht-Pulvermunition ..., und es ist ganz sicher nur besonderen Glücks Umständen (da von 2 erlosen wurden) zuzuschreiben, daß nicht ... beide Kanonen oder eine von ihnen und damit das Schiff aufflog. Und genau so war es auf dem „Seydlitz“ in der Stageracktschlacht. In allen diesen Türmen wurden dabei selbstverständlich die gesamten Besatzungen getötet und die Türme selbst — und damit ein großer Teil der Geschichtskraft dieser Schiffe — auf Monate außer Betrieb gesetzt.“

Wer den Admiral v. Trotha angesichts dieser Tatsachen der Lüge sohau wollte, dem würde er entzückt erwidern, für ihn seien eben Geschütztürme keine „lebenswichtigen Teile“ der Schiffe. Marinefachliche Daten hätten im Untersuchungsausschuss des Reichstages diese veranschaulicht.

Bismarck als Kronzeuge.

Die preussischen Bajonette und das Selbstbestimmungsrecht der Länder.

Im neuesten Heft der Halbmonatsschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur „Wille und Weg“ werden bisher unbekannte Dokumente Bismarcks veröffentlicht, die dem im nächsten Jahr erscheinenden neuen Band der von Friedrich Thimme bearbeiteten Abteilung der politischen Schriften der Friedrichsruher Ausgabe der „Gesammelten Werke Bismarcks“ (Otto Stollberg Verlag, Berlin) entnommen sind. Sie stammen aus der Zeit des preussisch-österreichischen Krieges, als die preussischen Mächthaber die gute Gelegenheit dazu benutzten, das Gebiet Preußens auf Kosten anderer zu vergrößern. In einem Berlin, den 21. Juni 1866, gezeichneten Telegrammkonzept an das Oberkommando in Kassel heißt es:

„General von Räder reist heute abend nach Kassel, um dem Kurfürsten die Wahl zu stellen zwischen einem Bündnis und der Abführung nach Stettin. Beinhaltet der Kurfürst das Bündnis, so ist er auf Requisition des Generals von Räder als Kriegsgefangener unter allen einem Souverän gebührenden Rücksichten nach Stettin zu geleiten. Nimmt er das Bündnis an, so ist er dennoch unter Aufsicht zu halten und seine Abreise nicht zu gestatten, bis die Hauptbedingungen des Bündnisses erfüllt sein werden, worüber weitere Mitteilung erfolgen wird.“

Am 31. Juli richtet Bismarck dann aus Nikolsburg folgendes vertrauliche Schreiben an den Chef des Generalstabs der Armee, General von Moltke:

„Em. pp. ist es bekannt, daß Seine Majestät der König den Entschluß gefaßt hat, das Königreich Hannover, das Kurfürstentum Hessen, das Herzogtum Nassau, die Großherzogtümer Hessische Provinz Oberhessen und die Freie Stadt Frankfurt nebst ihrem Gebiet mit seiner Monarchie zu verbinden.“

Hierzu wird vorzuschicklich bald nach dem Zusammenritt des Bundes der Monarchie dem letzteren ein Gesetz wegen Erweiterung der Grenzen des Staatsgebietes vorgelegt werden.

Es wird erforderlich sein, im voraus auf die Eventualitäten Rücksicht zu nehmen, welche, sobald diese Maßregel in die Öffentlichkeit tritt, eintreten könnten.

Benachteiligt in allen diesen Ländern eine nicht kleine Partei vorhanden ist, welche die Verbindung mit Preußen wünscht, so ist doch auch von anderer Seite her eine Reaktion zu befürchten, welche da-

wo sie nicht durch eine hinreichende Stärke der königlichen Truppen von vornherein abgebrochen wird, möglicherweise in Täuschungen und offenem Widerstand ausarten könnte.

Auch im Königreich Sachsen sind Demonstrationen der Bevölkerung gegen die Bedingungen zu befürchten, welche wir bei dem Friedensschluß mit Sachsen und seiner Aufnahme in den Norddeutschen Bund dem Königreich auferlegen müssen.

Em. pp. erlaube ich mir daher ergebenst zu ersuchen, jezt auf eine Verstärkung der in allen Ländern befindlichen preussischen Streitkräfte Bedacht zu nehmen, um durch den Einbruch ihrer Stärke (sowie als möglich jeden Widerstand von vornherein zu verhindern, eventuell denselben mit Erfolg sofort niederhalten zu können).

Ich bitte Em. pp. dabei namentlich zu erwägen, ob hierzu nicht besonders Truppenteile der Main-Armee zu verwenden sein möchten, da eine Wiederaufnahme der kriegerischen Aktion dieser Armee gegenüber den süddeutschen Staaten am wenigsten zu ermarren sein dürfte.

In bezug auf Hannover bemerke ich noch, daß nach einer mir mündlich gemachten Mitteilung des Herrn Kriegsministers, derselbe bereits Veranlassung zu einer Verstärkung der dort garnisonierenden Truppen um neun Bataillone getroffen hat.

Em. pp. werden mich durch eine gefällige Äußerung über die von Ihnen beabsichtigten, respektive getroffenen Einleitungen zu verbindlichsten Danke verpflichten.“

In einer Instruktion für den Generaladjutanten, Freiherrn von Manteuffel, vom 7. August, erklärt Bismarck, daß man „in Betrachtung der Rücksichten, welche Seine Majestät der König den verwandtschaftlichen Beziehungen jederzeit zu gewähren bereit ist,“ von Würtemberg und Darmstadt territoriale Abtretungen nicht verlangen werde.

Bismarck wird heute von allen Feinden eines unitarisch geeinigten Deutschland als Kronzeuge für die Veremigung der föderalistischen Zersplitterung angerufen. Die Dokumente bezeugen, daß er sich selbstständig über angestammte Rechte, Eigenstaatlichkeiten und Stammeseigentümlichkeiten hinwegsetzte, wenn er die Macht dazu zu haben glaubte. Rücksicht wurde nur auf die „verwandtschaftlichen Beziehungen“ seiner Dynastie genommen.

Der Landbund pfeift.

Die Deutschnationalen im Reichstag tanzen.

Die Veröffentlichungen der preussischen Zentralgenossenschaftskasse über die ausnahmsweise Krisenlage des ostelbischen Großgrundbesitzes und die Unmöglichkeit, die gesunden Bauerbetriebe durch das Schwergewicht der tranken Großbetriebe zu erhalten, haben im Reichslandbund wie eine Bombe eingeschlagen. Das ist begreiflich, denn der Reichslandbund hat seine Großgrundbesitzerpolitik auf dem Rücken der Bauern bisher nur deshalb durchführen können, weil seine großagrarisches Interesseneinstellung zahlensmäßig bisher nicht nachweisbar war. Das ist jetzt leider geschehen, und der Landbund sieht seine Felle davon schwimmen.

Großartig, wie der Reichslandbund aber nun einmal ist, läßt er sein Präsidium geharnischte Resolutionen fassen, in denen gegen die ausschließliche im Interesse der Landwirtschaft eventuell notwendig werdende Aufnahmeregulation für die bedrängten Güter Sturm gelaufen wird. Er hat die Säure, zu behaupten, daß das Aufkommen der eventuell nicht mehr zu haltenden Großgüter die „Annullierung einer allgemeinen, durch die Befitzer unerschuldeten Notlage durch die öffentliche Hand“ darstelle, und er verurteilt, die Landbevölkerung scharf zu machen mit der Behauptung, daß dieses Ende eine Sozialisierung des Grund und Bodens und damit eine Erschütterung der Grundlagen aller landwirtschaftlichen Arbeit und Kultur und eine Gefährdung der Freiheit des landwirtschaftlichen Privateigentums ohne Unterschied der Größenklasse bestehe.

Nachdem so der Landbund den Teufel an die Wand gemalt hat, kommt er mit seinen Forderungen, und diese Forderungen wollen nicht mehr und nicht weniger, als daß durch Regierung und Reichstag ein Besizerhaltungsfonds für die ostelbischen Grundbesitzer geschaffen werden soll. Selbstverständlich lehnen auch die Wünsche nach neuen Zollerhöhungen nicht. Wie man es vom Reichslandbund gewohnt ist, erhebt er seine „wornende Stimme“ zu der Drohung: „Der deutsche Osten darf nicht zur Verzweiflung getrieben werden!“

Nachdem so der Reichslandbund gepfeift hat, hat die deutsch-nationale Reichstagsfraktion nicht geguckt, im Reichstag sofort eine entsprechende Interpellation einzubringen. Die Reichsregierung wird gefragt, ob sie bereit sei, sofort einen Besizerhaltungsfonds für die landwirtschaftlichen Betriebe sämtlicher Ostprovinzen östlich der Elbe zu schaffen, durch den unerschuldet in Notlage getretene Betriebe gestützt werden.

Die Öffentlichkeit wird von dieser Art Konsequenzen, wie sie Reichslandbund und Deutschnationalen aus den Feststellungen über die Krisenlage in einigen ostelbischen Bezirken ziehen, nicht überrascht sein. Die Öffentlichkeit ist diese Kunst von früher her nur allzu gut gewohnt und weiß sie entsprechend einzuschätzen. Doch wird das Schwergewicht der Tatsachen selbst die Lösungen schaffen, die im Osten im besonderen und in der deutschen Landwirtschaft im allgemeinen notwendig sind. Sicher aber ist, daß die deutschen Bauern gerade durch die Veröffentlichungen der Preussentasse heute wissen, woran sie sind. Sie werden sich mit aller Macht dagegen stemmen, daß sie für die schlechten Großbetriebe im Osten gepflegt werden und nach mehr gegen die Schaffung eines Besizerhaltungsfonds mit aus ihrer eigenen Tasche, der nur einzelnen unerdienten Nutzen bringt, der Landwirtschaft im ganzen aber Schaden nützt.

Anzufriedene Zuckermagnaten.

Das Zuckergeschäft soll wieder umgestoßen werden.

Der Reichstag ist den Wünschen der deutschen Zuckerindustrie durch die kürzliche Zollerhöhung, die nun auch auf die Konsumenten Rücksicht nahm, sehr weit entgegengekommen. Das gilt insbesondere auch hinsichtlich des zugestanden Zuckerkörperspreises von 21 M., der der Zuckerindustrie und auch den Rübenbauern eine mehr als ausreichende Rentabilität sichert. Mit der Ermächtigung der Regierung, automatisch den Zuckerkörper herabsetzen zu können, wenn der Zuckerkörperspreis überschritten wird, ist nur das notwendigste Schutz für die Verbraucher geschaffen worden.

Aber die Zuckerindustrie, der die Hand gereicht worden ist, will

den ganzen Arm. Auf der Mitgliederversammlung der Vereinigung mitteldeutscher Rohzuckerfabriken wurde erklärt, daß durch die Höchstpreisfestsetzung auf 21 M. und die jederzeit drohende „Gefahr“ (1) einer automatischen Herabsetzung des Zolles von 25 auf 10 M. die rübenbauende Landwirtschaft, die Zuckerindustrie und der Zuckerhandel, geschädigt werden. Von Regierung, Parlament und den maßgebenden Wirtschaftskreisläufen wird gefordert, daß die Höchstpreisfestsetzung fällt und die Herabsetzung nur auf 15 statt auf 10 M. erfolgen darf. Selbstverständlich will die erste Forderung nach Beseitigung des Höchstpreises nur dessen Erhöhung.

Für erbittert der Zuckerindustrie ein für allemal, daß ihre Forderungen unerschöpflich, unbedeutend und illusorisch sind und daß sie bei der Arbeitslosigkeit der schärfsten Widerstand finden wird, wenn die Forderungen nicht fallen gelassen werden.

Die Abfindung der Standesherrn.

Gesetzentwurf von der Regierung verabschiedet.

Die Bürgerblockregierung ist abgetreten, ohne das wiederholt angeforderte Gesetz über die Abfindung der Standesherrn dem Reichstag vorzulegen. Es blieb deshalb der neuen Regierung vorbehalten, sich auch mit dieser Frage zu befassen. Das Kabinett Müller hat jetzt einen entsprechenden Gesetzentwurf verabschiedet und dem Reichstag vorgelegt. Der Entwurf stützt sich im wesentlichen auf die von der Bürgerblockregierung wiederholt abgelehnten Vorschläge der preussischen Regierung.

Die Vorlage der Reichsregierung vermeidet es, den von dem Gesetz betroffenen bestimmten Personenkreis zu nennen. Man spricht vielmehr nur von Renten, die nicht mehr zeitgemäß sind. Auf Grund von Vorschlägen der Länderregierungen erlaubt die Vorlage auch vererbliche Renten (sogenannte Naturalrenten). Die Grundbewertung soll in der Regel 8 Proz. betragen. Nicht auswertungsfähig sind Habsel- und Leibrentenrenten. Renten, die als Gegenleistung für Liegenschaften gewährt wurden, können bis zu 25 Proz. ausgewertet werden. Wird die Rente von Ruhegehalt belastet oder ist sie bestimmt, Analogie von kulturhistorischem Interesse oder solche, die dem Wohl der Allgemeinheit dienen, zu unterhalten, so kann ein weiterer Auswertungsloz bis zu 15 Proz. genehmigt werden. Ein Senat des Reichsgerichts soll in Streitfragen entscheiden. Ferner sieht der Entwurf vor, daß Rentenberechtigten, die nach ihrem Hausgesetz für jüngere Familienangehörige zu sorgen haben, eine angemessene Kürzung ihrer Verpflichtungen bei den ordentlichen Gerichten beanspruchen können.

Das Gesetz ist nach Ansicht der zuständigen Stellen verfassungsgemäß.

Die KPD-Rebellion in Thüringen.

Beschwerdetelegramm nach Moskau.

Wismar, 20. Dezember. (Wismarbericht.) Die kommunistische Landtagsfraktion des Thüringischen Landtags hat am Donnerstag an die Komintern in Moskau ein langes Telegramm geschickt, in dem gegen den drohenden Ausschluß von Thalheimer, Bolcher und Mittel protestiert und ein Abdrücken von der Thälmannschen Korruptionsliste verlangt wird. Die Landtagsfraktion ist gleichzeitig an mehrere kommunistische Ortsgruppen mit dem Ersuchen herangetreten, unverzüglich ein ähnliches Telegramm nach Moskau zu schicken. Der Ausschluß der Führer würde den Ausschluß von Hunderten von Kommunisten im Reich zur Folge haben. Verhindert könne das nur werden durch einen Proteststurm in Moskau.

Festnahme des Kulmbacher Räubers.

Ein Postgebund rettete ihn.

Lichtenfels, 20. Dezember. Der gesuchte Kaffeehäuber wurde heute abend in Marktbergall festgenommen. Er wollte sich der Festnahme widersetzen, wurde aber von einem Postgebund angefallen und kam nicht mehr zum Zuge.

Unaufrichtigkeit kaum durchschauen und bloßstellen können, wie es Alboldt hundertmal getan hat. Deshalb war seine Mitarbeit dort von außerordentlichem Wert.

Das Buch Alboldts ist geradezu eine Fundgrube für jeden, der sich über die alte Marine unterrichten will. Das Alboldt an Tatsachen vorbringt über technische Fehlfunktionen, Verlegen der Führung, Schädigung des Vertrauens bei den Mannschaften durch die Offiziere, Abkühlung der Offiziere von den Mannschaften, Behandlung und Verpflegung, Entstehung der allgemeinen Unzufriedenheit auf der Flotte und die Schuld der Offiziere am Zusammenbruch, das alles gestaltet sich zu einem erschütternden Gemälde. Alboldt schreibt nicht als Sozialdemokrat; seine von der unfernen abweichende politische Auffassung tritt an manchen Stellen klar hervor. Derselbe Umstand hatte bekanntlich auch dem Sonderfachverständigen Stumpf bei seinem Kriegstagebuch weit über die Kreise unserer Partei hinaus besondere Beachtung erwirkt.

Die schwer kompromittierten Offiziere der alten Marine haben in der Rechtspreffe bereits einen wütenden Kampf gegen Alboldts Buch eröffnet, und die Brünninghaus und Genossen versuchen im Untersuchungsausschuß des Reichstags, ähnlich wie seinerzeit bei meiner Marinebroschüre, Staatsanwälte und Richter gegen die Sonderveröffentlichung mobil zu machen, allerdings mit dem gleichen Mißerfolg. Das merkwürdige Interesse, das Veröffentlichungen über die alte Marine immer wieder finden, und sein gebiegender Inhalt liefern dem Buche einen der ersten Plätze in der deutschen Literatur über die „kaiserliche Marine“ im Weltkriege.

Unteroffiziersniveau.

Ein deutschnationaler Antrag zur Kriegsschuldfrage.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat einen Gesetzentwurf zur Kriegsschuldfrage eingebracht. § 1 dieses Gesetzentwurfs lautet:

„Ein Deutscher, welcher bis zu dem Spruche eines internationalen unparteiischen Schiedsgerichts im Inland oder Ausland öffentlich vor einer Menschenmenge oder durch Verbreitung oder öffentlichen Aufschlag oder öffentliche Ausstellung von Schriften oder anderen Darstellungen behauptet, daß Deutschland den Weltkrieg absichtlich oder vorsätzlich oder planmäßig herbeigeführt habe, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft, neben welchem auf Verbot der bürgerlichen Ehrenrechte zu erkennen ist. Die Verurteilung ist auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntzumachen.“

§ 2 besagt, daß ein Ausländer, welcher auf dem Gebiete des Deutschen Reiches sich dieses Vergehens schuldig macht, wie ein Deutscher bestraft wird und aus dem Reichsgebiet ausgewiesen werden muß.“

Ein Verzicht darauf, ernstgenommen zu werden — mehr ist dieser Antrag nicht. Es gibt für diese dumme, geistlose Unteroffiziersarbeit nur eine Entschuldigungsmaßnahme — daß sie eine Schmuckkonkurrenz gegen eine ähnlich blöde Stahlhelmforderung darstellen soll.

Es gibt einen Untersuchungsausschuß zur Erforschung der Kriegsschuldfrage im Reichstag — er wäre eine Farce, wenn eine durch Parlament und Gericht normalisierte Wahrheit von vornherein feststünde.

Die Deutschnationalen schreiben nach einem Schiedsgericht über die Kriegsschuldfrage — wozu denn, wenn der Strafrichter nach dem Wunsche der Deutschnationalen von vornherein entscheidet, was Wahrheit ist?

Recht der freien Forschung, der freien Meinungsäußerung? Aber was reden wir gegenüber den Deutschnationalen von Dingen, die im Geistigen liegen! Beschränkt, beschränkt! Hugenbergkurs!

Berchtold belastet Wilhelm.

Gerade an dem Tage, an dem die Deutschnationalen ihren Reichsdemagogischen Antrag veröffentlichten, bringt das Subversive Blatt „Welt-Hirap“ einen Artikel des früheren L. u. L. Außenministers Grafen Berchtold. Dieser wehrt sich gegen Vorwürfe, die in dem Buch des neuen Bibliothekars des Reichstages Dr. Eugen Fischer „Die trübseligen 30 Tage“ gegen ihn enthalten sind. Um sich reinzuwaschen, ist er bemüht, Deutschland zu belasten. Berchtold erklärt, der deutsche Kaiser habe sich schon viel früher, als das Handschreiben Franz Josephs und das Memorandum des Kaiserpalastes nach Berlin geschickt worden waren, mit dem Gedanken einer Abrechnung mit Serbien beschäftigt. Es gehe dies aus einer Randbemerkung vom 3. Juli hervor, die der Kaiser auf einen tschechischen Bericht schrieb und die folgenden Wortlaut hat: „Mit den Serben muß aufgeräumt werden, und zwar bald!“ Ueberhaupt seien die Rumbegungen der maßgebenden deutschen Politiker keineswegs zurückhaltend, sondern vielmehr ansetzend und von Zeit zu Zeit sehr dringlich gewesen. Berchtold erklärt schließlich, daß die Teilnehmer der schwerwiegenden Entscheidungen Berlins die eigenen Erwägungen und die eigenen Interessen gewesen seien.

Berchtold als Kronzeuge der Entente für den Artikel 231 — wach wunderbares Schauspiel! Seine Behauptungen sind gewiß nicht beweiskräftig, denn er ist selber so schwer belastet, daß er als unparteilicher Zeuge nicht angesehen werden kann. Doch steht in seinem Begriffsgriff zweifellos mindestens ein Kern von Wahrheit: in den ersten Julitagen hat Berlin Wien schorngemacht und erst gebremst, als es spät war. Das ist dokumentarisch so einwandfrei festgelegt, daß man den neuen deutschnationalen Versuch, Wilhelms Regierung völlig reinzuwaschen, nur als um so sicherer empfinden kann.

Hugenberg gegen Hindenburg.

Hindenburg ist nicht der richtige.

Herr Hugenberg hat in Köln eine Rede gehalten — Ueber die Errettung Deutschlands durch Hugenberg. Er sprach dabei:

„Man hat die Beförderung gehabt, daß bei einer Erweiterung der Machbefugnis des Reichspräsidenten, wie wir sie wünschen, auch einmal etwa von einem sozialistischen Präsidenten in unvorantworlicher Weise das Volk geführt werden könnte. Diesen Bedenken gegenüber behaupte ich aber, daß, wenn erst eine vernünftige Verfassungsreform durchgeführt ist, wir dann auch wieder den richtigen Reichspräsidenten bekommen.“

Wenn — ja wenn! Wenn Herr Hugenberg die Verfassung außer Kraft setzt und eine Diktatur errichtet, dann kommt der Richtige, Hindenburg war nicht der richtige — wer also, denn? Natürlich Hugenberg!

Das Pfefferkuchennest.

Ein Städtchen, in dem es das ganze Jahr nach Weihnachten riecht.

Nicht weit von der Reichsgrenze, in der Oberlausitz, liegt ein wunderbares altes Städtchen, ein Märchenreich, wo es das ganze Jahr nach Weihnachten riecht! Das ist das bekannte Pfefferkuchennest Pilsnitz i. Sa.

Immerfort werden hier Lebkuchen gebacken, Lebkuchen aller Art in so vielen Sorten, daß es eine ganze Liste gibt, Lebkuchen von solcher Qualität, daß sie nicht nur auf allen Märkten Sachsens und Nordböhmens zu haben sind, daß sie vielmehr mit den berühmten Nürnberger Lebkuchen im ganzen Reiche berühmt sind. Pilsnitz, dies freundliche Städtchen mit seinen markanten alttümlichen aber blühenderen Straßen und den kleinen Häusern alter Fasson, wie sie so recht in eine Märchenpfefferkuchennest passen, trägt schon 533 Jahre die Würde einer Stadt. Es gab viel Freud und Leid durch

älteste, meint der Junge, und zeigt sie uns — ist wohl Kofschke oder Thomas, die schon 1825 begründet wurde. Um diese Zeit wurde das Gewerbe von Thomas von Thon aus Ostpreußen eingeführt. Zurzeit zählt die Annung 16 Meister, daneben aber gibt es in fast jedem Laden die duftenden Kuchen und Küchlein zu kaufen. Und dieser fabelhafte Weihnachtsgeruch stammt von den Gewürzen her, die man dem Kuchen, der eigentlich „Gewürzkuchen“ heißen müßte, da ja von Pfeffer keine Rede sein kann, je nach Art zusetzt und deren Mischungsverhältnis jeweils ein Geheimnis und allüberliefertes Familienrezept bleibt. Was sich ein echter Pilsnitzer Lebkuchen wert ist, kann man auf Märkten nicht erkennen, das muß man hier „an der Quelle“ mit dem Gaumen studieren! In der Tat! Ein und dieselbe Sorte schmeckt von verschiedenen Erzeugern verschieden! Immer aber ist der Pfefferkuchen und seine Varianten eine auch den großen Massen der Bevölkerung erschwingliche Süßigkeit gewesen, und die „Pfefferkügel“ fehlen auch am Weihnachtstisch der Armen nie.

Die Erzeugung

geht zwar das ganze Jahr, da die Feierte und Märkte genug Wohl bringen, die Aufträge für Weihnachten aber werden vom Oktober an gearbeitet und jetzt im Dezember ist Hochbetrieb in Doppelschichten. Trotzdem findet unter freundlicher Führer Zeit, uns in die Geheimnisse der Erzeugung einzuwöhnen: Wenn man feinstes Weizenmehl in eine Beute mit Honig bzw. Sirup mengt, wobei die Anzahl des Erzeugnisses das Mengenverhältnis bestimmt, diesen Teig je länger je besser — bis zu vier Jahre — in großen Fässern stehen läßt, so hat man den Rohstoff für die Kuchen. Bei der Verarbeitung wird der fast steinharte Teig mit Gewürzen aller Art (wie Zimt, Kardamom, Anis, Korianther u. a. m.) je nach Rezept verlegt, in der Teigmaschine gut durchgemischt, dann mit Rüssen, Schokolade, Mandeln, aber was es sei, demengt und auch mit Ammonium und Pottasche vermischt (als Triebmittel) und kommt in die große Backstube auf den Boden, wo er alsbald durch die

„Teigmaschine“ kommt. Der nun gleichmäßig dicke Teig (die Dicke kann eingestellt werden) wird mit dem Bandmesser in gleichbreite Streifen geschnitten oder für andere Fälle rund ausgestochen, kommt auf Backbleche, die mit Weizenmehl bestreut sind und wandert in den etwa 400 Grad heißen Backofen, wo in 3 bis 4 Minuten der Teig durch das Ammonium aufgetrieben und zugleich ausgebacken wird. Die fertigen Stangen oder Kuchen werden dann vom Mehl gereinigt, mit der Schneidemaschine oder der Hand geschnitten und kommen dann entweder zum Glasieren mit Zucker oder Kakao, zum Bestreuen mit Mandeln, zum Einstreuen größerer Mandeln oder — wie etwa bei den Schokoladenstangen — in die elektrische Überzugsmaschine. Hier erhält der Teig den gleichmäßigen Schokoladenüberzug. Die Kuchen oder Stangen wandern auf einem laufenden Gitter in die Maschine, welche die Schokolade warm und flüssig hält, sie durch einen Trichter und Schaufelräder auf das Gebälk schenbert, worauf die überzogenen Stücke von einem „laufenden Bande“ aufgenommen und durch den langen Kühlraum gefahren werden, wo sie am Ende fertig in die Kisten fallen oder in Düten und Pakete gepackt werden.

Billigste Ware

wird in einem mit Kakao- oder Zuckermasse gefüllten großen Kessel geschüttet und mit einem Rüssel umgerührt und herausgenommen, wo sie erstarrt (Pflastersteine)! Die Glasur der besseren Kuchen (wie „Kofschke“ oder Mandelkuchen usw.) wird als Zuckermasse mit einem guten Pinsel — wie der Maler arbeitet — aufgetragen. Neben den vielerlei Kuchen und Stangen, gefüllt und ungefüllt, glasiert und mit Mandeln gespickt oder nicht, mit Schokolade oder Zucker überzogen usw. werden hier auch die wohlgeschmeckten Krokronen erzeugt: die Krokronen und die kleinen Mandelmakronen.

In allen Räumen und Gängen liegen hunderte verschiedener Packungen unvor, türmen sich gewaltige Kisten, die ununterbrochen zur Bahn gebracht werden, damit die tausendfältigen Wünsche nach rechtzeitig befriedigt werden können. Guter Lebkuchen hat und hält Wert und hält seinen Preis.

Zwei Frauen tödlich verunglückt.

Das Gerücht von einem Nord war gestern in der Mittelstraße 4 zu Buch verzeichnet. Im Schlafzimmer ihrer Wohnung war dort die 60jährige Witwe Clara Voetsch mit einer klaffenden Kopfverletzung auf dem Fußboden liegend, tot aufgefunden. Nach den polizeilichen Ermittlungen ist Verdacht, daß Frau V. den Tod von fremder Hand erlitten hat, unbestätigt. Frau V. ist in einem Schwächeanfall gestürzt und hat sich dabei die tödliche Kopfverletzung zugezogen. Die Leiche wurde beschlagnahmt und ins Schanzhaus gebracht. — Auf dem Treppenhilf des Hauses Bismarckstraße 52 machte sich gestern starker Gasgeruch bemerkbar, der aus der Wohnung der 60jährigen Witwe Anna Friße drang. Da auf Klopfen niemand öffnete, verschaffte sich die Polizei gewaltsam Zutritt. In der Küche lag die deliquente Frau neben dem Herd tot auf dem Fußboden. Der Schlauch vom Wasserleitungsrohr war abgerissen, so daß größere Gasengen im Zimmer ausströmen konnten. Nach dem Befund hat Frau Friße einen Ohnmachtsanfall erlitten und im Stürzen den Schlauch abgerissen. Ein hinzugerufener Arzt stellte den Tod fest, der bereits vor mehreren Tagen eingetreten sein muß. — Der 15jährige Student Johannes H. verfuhr sich gestern nachmittag in seiner Wohnung in der Mittelstraße mit einem Revolver. Der junge Mensch wurde in bewußtlosem Zustande in die Charité übergeführt. Des Revolver-Tot ist nicht bekannt.

Ein Tierquäler vor Gericht.

Ein besonders trauriger Fall von Tierquälerei fand dieser Tage vor einem Berliner Gericht zur Verhandlung. Der Händler Altkirch aus der Rastauer Straße 39 hatte ein blindes altes Pferd eingepackt, das durch seine Hilflosigkeit die Aufmerksamkeit der Passanten erregte. Eine freiwillige



Honigkuchenform aus dem Mittelalter.

Krieg und Frieden in dem Städtchen, dessen Mauern erst im 19. Jahrhundert fielen, und das noch heute viel Romantik birgt. „Einmal“ erzählt der Meister Bernhard Zeller der Pfefferkuchenschonung, „einmal, nur drei bis vier Jahren, da wollte die moderne Schokolade im billigsten Gewand dem alten Pfefferkuchen den Garaus machen, da stand es schlecht um die Annung, denn die Aufträge blieben aus... aber der alte gute Pfefferkuchen, der hier in Dutzenden Verfassungen noch fast 100jährigen, lang gehaltenen Familienrezepten gemacht wird, er legte über das Talmischokoladenzeug, und heute blüht die Pfefferkucherei wie ehemals. Gewiß, sie hat kaum eine große Erfindungsleistung, und nur die ganze Erzeugungsmethode ist moderner, praktischer, damit auch rascher und rationeller geworden, aber die einmal bestehenden Betriebe erscheinen dafür in ihrem Bestande gefestigt...“

Es riecht allüberall nach Pfefferkuchen!

Wahrscheinlich bei der großen Fabrik am Bahnhof, die ihre Marken fest und unerschütterlich verleiht, beginnt es, und in den meisten Gassen riecht dieser Duft, denn man geht nicht zehn Häuser und schon wieder findet eine Aufschrift, verraten große Redaktionen an den Fensterscheiben, daß hier eine alte „Pfefferkucherei“ ist. Die



Moderne Künstlerpfefferkuchen in Buntglasur.

wir, daß es mindestens sechs Kinder sein müssen, und daß die Frau mager ist wie ein Stod.

„Sechs,“ stelle ich fest.
„Da hab' ihr's,“ lacht der Sergeant entzückt, „ein halbes Dutzend! So weit bringt es nicht jeder. Ihr aber seid noch jung. Die Frau in der Mitte ist meine Alte, eine sehr fleißige Frau — die plagt sich. Solche sind selten.“

„Jeder denkt, seine ist die beste,“ werfe ich ein, um zu vermitteln. Klees aber schweigt. Der Sergeant beleuchtet ihn und fragt mit seiner bligen Stimme: „War das nicht eben eine Braut, die du da besahen hast? — Ich sah es von oben.“

„Es war keine,“ sagt Klees laut, das Gesicht gegen die Wand.

Nachdem er uns zur Weiterarbeit ermuntert hat, klettert Sökel wieder hinauf. Seine Schritte entfernen sich.
„Der soll mich ungehorsam lassen,“ brummt mein Kamerad.

„Welche Idee!“ und er stößt voll Spott die Luft durch die Nase.

Nach einer Weile taucht von drüben eine Gestalt auf. Es ist Pfeiffer, man sieht seinen krummen Rücken und den aufgeschlagenen Mantelkragen gegen den Nachthimmel. Er verdeckt eine Menge Sterne.

„Hallo! Ich laufe ein bißchen herum!“ berichtet Max, setzt sich oben auf den Rand und läßt die Beine baumeln.

„Hier ist es schön.“
„Du bist verrückt, Max,“ sage ich.

„Recht hast du, zu Hause ist es schon besser. Aber hier hat man wenig Arbeit und gutes Essen. Zu Hause freilich heißt es: Bei der Sonne ist es warm — bei der Mutter ist dem Sohne wohl. Recht hast du, Kamerad gib eine Zigarette.“

„Man wirft sie ihm hinauf. Er packt und wiederholt: „Hier ist es schön — Bin dienstfrei, weil Sökel heute die gute Laune hat. Geh hin wohin du willst Max — sag er — bloß lauf nicht zu den Russen über! — Ich stehe doch mit ihm zusammen, und so sagte er es heute, der Sökel, Sergeant Sökel.“

„Aber warum hat er gute Laune?“
„A — warum? Weil sein Krauchen geschrieben hat einen Brief, und darin war ein Bild. Warum sollte er nicht die gute Laune haben! Geh und tobe dich aus, Max — also sagte er, der Sergeant. Und so bin ich gegangen zu euch, wo es schön ist.“

„Wohin?“ macht Klees.
„Ist das Klees?“ fragt Max.

Lerlein antwortet nicht, aber Max rät ihm: „Du hast ein Bräutchen, Kamerad — so freue dich, tobe dich aus.“

Lerlein fühlt sich unverständlich und schweigt die Wand an. Eine Leuchtfugel erscheint und erhellt das Unterstandsviereck. Es ist, als läßen wir in einer Zauberhöhle, einen Schatz zu graben mit österreichischen Spaten — plötzlich aber sinkt ein silberner Stern herab.

Wieder ist es finster, und jetzt fallen Schüsse von der russischen Seite her. Max läßt sich hurtig heruntergleiten. Es ist ein Gespinnst von Verderben, das uns für Minuten zudeckt. Da fühlt man sich in der Grube wohl.

Gegen 11 Uhr tritt Stille ein. Ich klettere empor und gehe zum Maschinengewehrstand. Dort erwartet mich schon Albring, der auf einer Erdschwelle sitzt. Er drückt mir den Arm, daß ich schweigen soll, und wir behorchen ein Gespräch, welches ganz in der Nähe im Nebengraben geführt wird.

Die Stimme des Leutnants schilt: „Was wollte der Mensch denn da oben! Sie haben dort nichts verloren, merken Sie sich das!“

Darauf sagt der Sanitätsunteroffizier leise: „Wozu haben wir die Latrinen, die besten weit und breit? Sauber, bequem! — Nein, sie hören es nicht!“

„Sind Sie fertig?“ fragt Braule.

„Sogleich, Herr Leutnant. Das Blut ist gestillt.“

„Man soll es nicht glauben!“ sagt der Leutnant weiter.

„Den Abzugsfinger — ausgerechnet den Abzugsfinger als bester Schütze, der Sie sind! Was haben Sie sich denn dabei gedacht?“

„Nichts! Weniger denn nichts!“ brummt Steinberg.

„Antworten Sie mir! Was haben Sie denn gedacht?“ begehrt der Leutnant auf.

„Er ist bewußtlos,“ meldet Steinberg. „Busei und Rusei, die Babre!“

„Man hört Busei und Rusei in der Nähe hantieren. Der Graben ist schmal, und der eine kiffert: „So geh doch rückwärts!“

„Busei, alter Kaxhal?“ fragt der andere beifrohen.

„Aber warum?“
„Ist denn keiner da, der verwundet ist?“

„Natürlich — so drück doch!“

„Also rückwärts, Kaxhal?“

„Vorwärts! Was der Kerl —“

„Also doch einer verwundet?“

„Fingerdruck, du schläfst wohl noch, Kerl!“

„Na ja! Also doch einer verwundet, Kaxhal!“

Wieder stößt und scheuert ihre Bahre gegen die Erdwand. Albring aber rührt mich an, wir treten die Fußstapfen hinauf und verlassen den Graben. (Fortsetzung folgt.)

Soldat Suhren.

Roman von Georg von der Brüg.

Copyright 1927 by J. M. Spaeth Verlag, Berlin.

„Sie rollen sich auf,“ brummt mein Kamerad. Wir rücken zusammen, decken die Unterstandsviereck den gestirnten Himmel an. Nach einer Weile maukt Lierlein: „Der Sökel kann mich fragen, mit dem Spaten!“

So beruhigt er sein Gewissen darüber, daß er die Arbeit eingestellt hat, meins auch. Danach zieht er die Photographie seiner Braut hervor und beschaut sie beim Schein der Taschenlampe.

„Findest du sie hübsch?“ kiffert er.

„Sehr.“

„Die Aufnahme?“

„Ja.“

„Sie ist mein Schatz, ich trage sie auf dem Herzen.“

„Trage sie nicht dort,“ sage ich, „es zieht Kugeln an.“

Aber Klees entgegnet mißmutig: „Die Kugeln fliegen, wie sie wollen.“

Jetzt sieht jemand über uns am Rande des Unterstandes. Klees verflucht die Laterne, und wir horchen. Die Stimme des Sergeanten fragt: „Wird hier gearbeitet?“

Wir schweigen.

„Oder nicht?“

„Nein, nicht,“ antworte ich, „es geht nicht.“

Sökel springt herunter, ergreift einen Spaten und schilt: „Das soll nicht gehen? Mit diesem schönen Spaten? — Das ist doch ganz — gewöhnlicher — Rastboden!“

Er packt mächtig an, doch das Blech verbleibt mit einem Knacken. Nach einem weiteren Versuch schleubert er den Spaten fort, zieht sich zu uns und meint: „Was man hat, das hat man nicht mehr und nicht weniger. Wir sind hier nicht in der Schampagne. — Hattet ihr eben eine Photographie?“

„Kein, keine,“ murmelt Klees unfremdlich.

„Ich sehe gern Photographien,“ verzehrt uns der Sergeant, „besonders solche mit Mädchen darauf. Ihr habt doch auch einen Schatz, ihr beiden?“

Wir antworten ihm nicht.

„Jeder Hans findet seine Grete, das ist so,“ fährt er fort und nekkelt etwas aus seinem Rast. Es ist die Aufnahme einer Frau mit vielen Kindern. Bei Klees' Laterne sehen

Meisterin des Tierzuchtvereins hatte festgestellt, daß das Tier abgetrieben und halb verhungert war, es machte vor dem schmerzbeladenen Wagen den Eindruck, als könnte es jeden Augenblick zusammenfallen. Zufällig kamen über den selben Fall mehrere Anzeigen. Ein Zeuge hatte in der Drahterstraße gesehen, wie der betrunkenen Fuhrmann unbarmherzig mit dem Peitschenstiel auf das Tier einschlug, und zwar immer auf die offenen Wunden, die es an vielen Stellen aufwies. Der Amtsanwalt beantragte vier Wochen Haft. Das Gericht glaubte jedoch den rohen Menschen härter treffen zu müssen, indem es ihn zu 100 Mark Geldstrafe

verurteilte, was jedenfalls in diesem Falle auch richtiger war. Indes essant war das Äußerste eines Tierarztes, das der Botschaft beibrachte. Darin wurde konstatiert, daß das Pferd auf beiden Augen blind sei. Darum nach links und rechts ausbiegt. Beim Ueberfahren des Damms könnte der Reiter ein solches Tier nur mit Peitschenhieben (!) regieren. Der Inspektor des Tierzuchtvereins, der das Tier im Stall gesehen hat, konnte über den Befund keine Aussage mehr machen. Es muß ein merkwürdiger Inspektor sein, der zum Zweck einer vor Gericht zu machenden Feststellung kein Protokoll oder Notizen führt.

Artisten suchen Arbeit.

Im staatlichen Engagementnachweis in der Karlstraße.

Im Hause Karlstraße 20, einem der stillen, alten Häuser Berlins, wird es täglich in den Vormittagsstunden ungemein lebendig. Um 11 Uhr wird das Bureau der Ensa (Engagementnachweis für Artisten) geöffnet. Lange vorher schon wartet eine große Anzahl Engagementsuchender geduldig im Treppenhause. Jeder will der erste sein, jeder will wissen, ob es denn heute endlich etwas für ihn gibt. 250 bis 300 Personen melden sich ungefähr pro Tag im Nachweis und einige wenige werden gebraucht.

Von 11 bis 1 Uhr sind die Geschäftsstunden und jeder wartet nun, nachdem er einen kurzen Fragebogen ausgefüllt hat, ob sich für ihn etwas ereignet. Große, Kleine und Wertlose finden sich hier zusammen ohne diejenigen die früher, da die Konkurrenz noch eine bessere war, so mit dem Strom mitgeschwommen sind, für die ist heute, wo das Angebot die Nachfrage um ein Gewaltiges übersteigt und die Besten Mühe haben, sich über Wasser zu halten, wenig, fast gar kein Platz für diese Illuzionen. Da sitzen sie nun in ihren abgetragenen, dünnen Mänteln, die keine Längeren mit dem unwahrscheinlich blonden Haar und den blutrot leuchtenden Lippen, der Komiker, dem es heute so gar nicht zum Lachen ist, dessen berufliche Nachsichten sich hier bei nüchternem Tageslicht zu schmerzlichen Sorgenfalten wandeln, der Kraftmeier mit dem überdimensionalen Brustkasten, dem die Sorge um das Morgen stärker als all seine edellichen Jentnerlasten drückt. Sie sitzen und warten und geben die Hoffnung nicht auf und ihr leichtes Künstlerblut, das rascher und beweglicher durch die Adern fließt, löst sie die große Tragik ihrer Existenz nie so ganz zum Bewußtsein kommen. Als und so öffnet sich dann die Türe zu dem Zimmer des Geschäftsleiters, der die einlaufenden Engagementsaufträge entgegennimmt. „Frau I möchte hereinkommen!“ Eine ältere Frau, bei der die Kat ein allzu häufiger Gast ist, löst sich aus dem Kreis der Wartenden. Wie elektrisiert springt sie vom Stuhl, ein glückliches Lächeln huscht wie ein Sonnenstrahl über ihr Gesicht und jetzt sieht man erst, sie ist ja noch jung und beweglich und voll Lebensfreude. „Kino-Engagement für drei Tage in einem Vorstadttheater.“ „Gott sei Dank!“ löst es sich befreiend von ihren Lippen. „Aber erst in der

nächsten Woche“ meint das Bureaufräulein, während sie den Vertrag ausreicht. 3 Tage Arbeit, 3 Tage Brot! Mit vielen Dankesworten eilt die Glückliche davon.

Seit 1. Oktober 1927 besteht dieser öffentliche Stellennachweis für Artisten. Heute, nach einem Jahr, kann die Tätigkeit dieses Nachweises schon bedeutende Fortschritte verzeichnen. Die Zahl der Monatsverträge, die hier abgeschlossen wurden, hat sich bereits um das Doppelte erhöht und die Gesamtanzahl der abgeschlossenen Engagements hat sich um das Zweieinhalbfache verbessert. Hier wird auch nach Möglichkeit den Hungerlöhnen gesteuert, so beträgt die Mindest-Tagesgage 8 M. Weder der engagierte Künstler noch der Direktor haben für die Vermittlung irgendwelche Prozente zu bezahlen. In die übliche Mißwirtschaft der Schmiergelder kommt also hier in Betracht.

Jeder engagementslose Künstler, der eine zehnjährige Beschäftigungsdauer nachweisen kann, hat Anspruch auf die Erwerbslosenfürsorge. Die Abstempelung seiner Karte erfolgt ebenfalls hier. Die Gage seiner Engagements, die er während der Zeit des Bezuges der Erwerbslosenfürsorge verdient, wird jeweils in Abzug gebracht und er muß sich zur Kontrolle seiner Stempelkarte dreimal wöchentlich im Nachweis melden, um etwaige Schädigungen seiner Berufskollegen, die diese Vergünstigung nicht erhalten, zu vermeiden.

Um der schrecklichen Not dieser Berufsgruppe nach Kräften zu steuern — es leben allein in Berlin mehrere tausend Artisten, von denen der meiste größte Teil nicht den allernützlichsten Lebensunterhalt verdient —, versucht man jetzt eine Umleitung in bürgerliche Berufe. Hand in Hand mit dem Bezirksarbeitsnachweis werden die einen, nach erfolgter Untersuchung durch den Gewerbearzt, unter die ungeschulten Arbeiter eingereiht. Andere wieder erhalten irgend welche Aushilfs- oder Gelegenheitsarbeiten. Die Not der Zeit hat wohl viele müde gemacht. Denn es gibt vielleicht keinen zweiten Beruf, der sich hohe Anforderungen an Begabung, Ausdauer und eisernen Fleiß neben einem wohlgefälligen Neuhören verlangt. Viele allzu viele fühlen sich berufen und nur ganz wenige sind auserwählt.

Krankenhausreform und Tuberkulose.

Die Krankenanstaltsverwaltung der Tuberkulose bedarf einer gründlichen Reform. Der Aufenthalt in den Lungenheilstätten ist gewiß sehr nützlich, er stellt aber keineswegs eine Art „Allheilmittel“ dar. Mit der Regelung der Entsendung der Lungentuberkulösen nach guten Heilstätten sind die Probleme, die die Unterbringung von Lungentuberkulösen in geeigneten Anstalten zum Gegenstand haben, nicht erschöpft.

Neben den Lungenheilstätten sind andere Typen von Anstalten, die der Aufnahme lungentuberkulöser Kranker dienen, vonnöten. Sehr zweckmäßig wäre es vor allem, dafür zu sorgen, daß möglichst alle Patienten, die in eine Lungenheilstätte geschickt werden, vorher etwa 3 bis 4 Wochen lang auf städtischen Krankenhausspezialabteilungen für Lungentuberkulose beobachtet werden. Handelt es sich doch darum, darauf zu achten, daß die geeigneten Patienten nach den jeweils geeigneten Heilstätten geschickt werden. Es ist kein Geheimnis, daß des öfteren Patienten nach den Lungenheilstätten kommen, die gar nicht an einer Lungentuberkulose leiden, dort aber womöglich in die Gefahr geraten, sich eine Tuberkuloseinfektion anzuziehen. Nach den Erfahrungen einer Reihe von Lungenheilanstalten beträgt die Zahl dieser „Patienten“, die erkrankungsmäßig nach den Lungenheilstätten gelangen, bis zu 20, ja 30 Proz. der Anstalten...

Ob bei einer längeren Beobachtung der für eine Entsendung in eine Lungenheilstätte in Aussicht genommenen Patienten auf solche Spezialabteilungen auch darüber Entscheidungen herbeigeführt werden könnten, welche Kranken für eine Kur in einer im Höhenlima gelegenen Heilstätte oder aber in einer solchen des Rüttelgebietes oder des Flachlandes als besonders geeignet anzusehen wären, ob also in dieser Hinsicht vor sorgfältig differenziert werden könnte, diese Frage werden die Lungenfachärzte wahrscheinlich verschieden beantworten. Immerhin besteht die Möglichkeit, bei entsprechender Organisation vielleicht auch in dieser Beziehung zu gewissen Ergebnissen zu kommen, wiewohl ja heute die Ansichten der Lungenfachärzte über die Auswahl der in den verschiedenen Klimaten gelegenen Lungenheilstätten sehr weit auseinandergehen.

Neben den Kranken, die zum Zwecke der Beobachtung Lungenheilstätten aufsuchen, gibt es noch eine Reihe anderer Gruppen von Lungentuberkulösen, die eines Krankenhausaufenthaltes bedürfen, insbesondere die zeitweilig stärker fiebernden Lungentuberkulösen. Ferner haben die schwerkranken, bettlägerigen Schwindsichtigen eine Anstaltsaufnahme nötig, nicht nur um ihrer selbst willen, sondern auch im Interesse ihrer Familienangehörigen oder sonstigen Hausgenossen.

Es ist sowohl aus medizinischen wie aus psychologischen Gründen nicht zweckmäßig, etwa für alle diese verschiedenen Gruppen von Lungentuberkulösen, je nach dem Grad der Schwere der Erkrankung der Betroffenen, verschiedene Anstalten zu errichten. Die vielen bestehenden Übergänge bei den Krankheitserscheinungen der Lungentuberkulösen erschweren eine Einteilung. Anstalten, in denen ausschließlich oder überwiegend ausschließlich schwerer Tuberkulose untergebracht sind, werden als „Sterbehäuser“ von den Angehörigen peinlich gemieden. Man tut daher gut — und bei entsprechender räumlicher Anordnung wäre aus hygienischen Gründen dagegen nichts einzuwenden —, wenn man die verschiedenen Gruppen von Lungentuberkulösen (vielleicht mit gewissen Ausnahmen leichter Fälle) jeweils in einer Anstalt unterbringt.

Die Stadt Berlin besitzt ein Spezialkrankenhaus für Lungentuberkulose, das Tuberkulosekrankenhaus in der Hohenheide, und die (berücksichtigt weit entfernte) große Anstalt in Bech-Sommerfeld; die letztere läßt infolge ihrer Lage insbesondere für Zwecke kurzfristiger Krankenbeobachtung nur schwerlich in Betracht. Die Anstalten in Buch, insbesondere das dortige Hospital für Lungentuberkulose, beherbergen schwer leidende Patienten. Woran es in Berlin mangelt, ist der geschickte Anstaltsarzt. Man wird in Bälde daran gehen müssen, unbeschadet des jetzt erfolgenden Ausbaues der Anstalt

in Bech-Sommerfeld, bereit organisierte Lungentuberkulose- oder Lungentuberkuloseabteilungen zu schaffen. Hier hätte man dann auch einen großen Teil der Patienten aufnehmen, die jetzt auf allgemeinen inneren Abteilungen der verschiedenen Krankenhäuser liegen und dort, wofern sie Bakterienfrei sind, im Hinblick auf die Möglichkeit der Umleitung nach Tuberkulosekrankenhausstellen, nicht immer als ganz „harmlose“ Gefährten zu bezeichnen sein dürften.

Die Reorganisation auf dem Gebiete des Krankenhaus- und Anstaltswesens für Lungentuberkulose hängt in Berlin eng zusammen mit der notwendigen Reform (Sprich: Ausbau und Vereinfachung) der Berliner Lungenfürsorgestellen, die sich teils in den Händen der Stadt, teils in denen der Landesversicherungsanstalt und von Vereinen befinden und nach ganz verschiedenen Grundzügen arbeiten. Die Zweckmäßigkeit des Formularwesens und die Verschiedenartigkeit der Mitteilungen bei den Untersuchungen in den Lungenfürsorgestellen erschweren aber jetzt die Betreuung der Tuberkulösen außerordentlich und behindern in erheblichem Umfange die Erfassung und Behandlung der in den Krankenanstalten befindlichen Lungentuberkulösen.

Obwohl notwendig und nötig wie die Neugestaltung und die Anstaltsverwaltung der Lungentuberkulose ist die Neuordnung der Heilbehandlung derjenigen Menschen, die an einer Kruppe, Gelenk-, Drüsen- oder Hauttuberkulose leiden. Die Umgestaltung vorhandener Krankenhausräume zum Zwecke der Behandlung der chirurgisch Tuberkulösen wird Stückwerk bleiben. Man wird in Berlin und anderswo nicht umhin können, Krankenhausneuanlagen zu errichten, deren ganze Struktur den modernen Behandlungsmethoden der chirurgischen Tuberkulose (die einer bevorzugten Anwendung der blutigen Eingriffe und der Gipsverbände abhold sind) Rechnung trägt. Es ist an der Zeit, auch hierfür Sorge zu tragen.

Gewerkschaften und Staat.

Zu diesem durch die Arbeitskämpfe in der nordwestdeutschen Metallindustrie wieder so aktuell gewordenen Thema sprach Genosse Reichsarbeiterrichter Körper vor den sozialistischen Studenten und dem marxistischen Arbeitskreis an der Deutschen Hochschule für Politik. Vor dem Kriege waren die Gewerkschaften Fremdkörper im Staat, besondere Arbeitsrechtsbestimmungen gab es nicht, die Gewerkschaften waren nicht anerkannt. Selbst die sozialen Einrichtungen, wie Invaliden-, Anwartschafts- und Angelegenheitsversicherung, waren in ihrem beabsichtigten Zweck gegen die Gewerkschaften gerichtet. Erst während des Krieges, bei der Durchführung des sogenannten Hindenburg-Programms, bekam die Arbeiterschaft das kollektive Arbeitsrecht als eine Berufungspflanze. Nach der Revolution durch Verordnung der Volksbeauftragten eingesetzt, zog das kollektive Arbeitsrecht in das deutsche Staatsleben ein. Durch die Reichsverfassung und die wirtschaftliche Vereinigungsfreiheit gewährleistet und den Gewerkschaften ein gewisser Einfluß auf die Wirtschaft zugeflossen. Aber der Einfluß der Gewerkschaften richtet sich ganz nach ihrer zahlenmäßigen Größe. Die Gewerkschaften müssen dem Staat positiv gegenüberstehen. Wir müssen uns der politischen Demokratie bedienen, um zur Wirtschaftsdemokratie zu kommen. Durch die soziale Betriebsgemeinschaft ist eine Besserung nicht zu erreichen, denn dabei sind Freud und Leid so verteilt, daß die Unternehmer die Freuden und die Arbeiter die Leiden des Betriebes tragen. Aber Wirtschaftsdemokratie heißt Einflußnahme auf Produktions- und Abgabegestaltung. Nach einigen Bemerkungen über die eminent politische Bedeutung des Schlichtungswesens und die Regelung des nordwestdeutschen Metallkonflikts sprach der Redner die Hoffnung aus, daß bei künftigen Arbeitskämpfen die drei großen Gewerkschaftsrichtungen den ihnen nahestehenden Parteien das Rückgrat so stärken, daß sie ihre staatspolitischen Maßnahmen mehr nach den Bedürfnissen der Arbeiterschaft als nach den der Unternehmer richten.

Bei Kindern zu Gaste.

Weihnachtsfeier einer Volksschule.

Zu den Zielen der neuen Volksschule, die mehr und mehr die alte Dreiklasser verdrängt, gehört die Entwicklung des künstlerischen Gestaltungstriebes der Kinder. Das Kinder unserer Volksschulen heute im Schreiben und Modellieren leisten, haben wir in Ausstellungen der Schulen oft mit Freude gesehen. Manche Volksschulen bemühen sich auch um die Pflege der Instrumentalmusik und des Theaterspiels. In der Berliner 132. Volksschule, Demmler Straße 27, nahmen wir an einer Weihnachtsfeier teil, bei der Schulkinder als Musiker und als Schauspieler die versammelte Elternschaft erfreuten. Ein Berliner Volksstück „Weihnachtsmarkt in Mi-Berlin“, nach Glashenners Vorbild verfaßt von einem Freunde der Schule, dem Sanitätsrat Dr. A. Straßmann, wurde von Jungen und Mädchen sehr flott und so wirkungsvoll gespielt, daß die beifälligen Zuschauer aus dem Boden nicht herauskamen. Auch die Darsteller eines Strippenspiels, das die dem kindlichen Sinn zuzugende Romantik des biblischen Weihnachtsmärchens greifbar auf die Bühne stellte, fanden viel Beifall. Das Schülerorchester, das schon seit einer längeren Reihe von Jahren besteht, beteiligte sich mit einem brav ausgeführten Konzert.

Die Grippe-Epidemie in Amerika.

400 000 Erkrankte.

Washington, 20. Dezember.

Das Hygieneministerium teilt mit, daß in der vergangenen Woche 10 000 neue Grippefälle in 20 Staaten zu verzeichnen sind gegenüber nur 5000 in der Vormoche. Die Gesamtzahl der Krankheitsfälle in den Vereinigten Staaten wird mit 400 000 angegeben. In der Woche vom 8. bis 15. Dezember sind 370 Todesfälle verzeichnet worden gegenüber 284 in der Vormoche.

Sie wollte in Amerika bleiben.

Ueber Bord gesprungen.

Wie dem „New York Herald“ aus Cherbourg gemeldet wird, ist eine zwanzigjährige ungarische Pianistin namens Hajna Kerecsen gelsen von Bord des Dampfers „Deutschland“ vor dem Einlaufen in Cherbourg gesprungen. Das Schiff blieb zwei Stunden lang an der Unfallstelle und setzte Rettungsboote aus, ohne daß die Auffindung gelang. Hajna Kerecsen hat sich, wie man glaubt, aus Kummer darüber das Leben genommen, daß sie nach Ablauf ihres nur sechs Monate gültigen Aufenthaltvisums die Vereinigten Staaten verlassen mußte.

Gasexplosion in London.

Auf einer Citystraße.

Bei Straßenbauarbeiten im Zentrum Londons trat eine furchtbare Gasexplosion ein, die die Straße auf die Länge von einer halben Meile wie ein Erdbeben zerriff. Fußgänger wurden in die Luft geschleudert. Eine Autodrohke stürzte um. Ein Pferd wurde getötet. Die befürchtete Welle, ist ein Arbeiter, der unter der Erde beschäftigt war, getötet worden.

Opfer der Kälte in Polen.

Aus verschiedenen Ostschichten Polens werden Todesfälle durch Erfrieren gemeldet. Soweit bisher bekannt gemeldet ist, sind um zwei von Pulawy (an der Weichsel oberhalb Warschaws) ein Bauer auf der Straße, bei Drohoczyn zwei vom Jahrmarkt heimkehrende Landleute, bei Thorn zwei Fischer, die in einer Hütte am Weichselufer übernachtet hatten, in der Gemeinde Gora ein Bettler auf der Straße erstoren. In Warschau fiel der Kälte ein Arbeiter in der Vorstadt Anopol zum Opfer. Die anhaltenden Fröste haben auch Sachschäden, so Wasserrohrbrüche, Störungen der Telefon- und Fernsprecheinrichtungen, im Gefolge gehabt. Der Bahnverkehr wird durch Störungen der Wechsellagerungen behindert, was starke Zugverspätungen zur Folge hat.

500 Waisen feiern Weihnachten.

Das Bezirksjugendamt Treptow bereitete seinem Pflegekindern im „Ruffhäuser“, Niederschöneweide, eine wunderhübsche Weihnachtsfeier. An langen, gedeckten Tischen gab es Kaffee, Kuchen und allerlei Süßigkeiten; vor der offiziellen Weihnachtsfeier bekamen die Kinder schon allerhand Nützliches geschenkt, wie warme Kleidungsstücke, Schuhe, Strümpfe usw. Aber der Weihnachtsmann war noch viel freigebiger, und die Hauptfreude kam erst zum Schluss. Jedes Kind hatte außerdem noch einen Wunschzettel bekommen, auf dem es verraten sollte, wonach sein Herz am meisten begehrt. Am Gabentisch lagen denn auch Berge wohlverschmürter Pakete, die am Schluss der Bekleidung vom Weihnachtsmann persönlich verteilt wurden. Zwischen durch gab es eine lustige Märchenvorstellung „Tischlein deck dich“. Dann trieb Rasputin Alotria. Gegen 400 Kinder im Alter von sechs bis vierzehn Jahren nahmen an der Feier teil, den ganz Kleinen wurden die Geschenke ins Haus geliefert. Hunderte von Kinderaugen glänzten in seliger Freude, die Wangen glühten, frohes Kinderlachen erfüllte den Raum. Heut sind sie reich und glücklich, wüßten nichts von der Härte, die wie ein böser Keil auf ihrem jungen Leben liegt.

Räthe-Kollwitz-Schule.

Eine offizielle Ehrung ist Käthe Kollwitz, der großen Berliner Künstlerin widerfahren. Das städtische 2. Lyzeum mit Aufbauschule zu Reußbär heißt mit ministerieller Genehmigung fortan „Käthe-Kollwitz-Schule“.

Wer darf Ehrenbürger ernennen?

Die Gemeindevertretung in Bucherath hatte dem dortigen früheren Bürgermeister bei seinem Uebertritt in den Ruhestand das Ehrenbürgerrecht verliehen, diese Ehrung aber bald wieder rückgängig gemacht. Der Bürgermeister hatte hiergegen bei dem zuständigen Kreis- und Bezirksausschuß Klage erhoben. Beide haben nunmehr die prinzipielle Entscheidung getroffen, daß Landge-

Generalkonful und Postler. Am 7. Dezember veröffentlichten wir in der Abendausgabe einen Gerichtsbericht über den famosen Generalkonful vom Kurfürstendam, der den Postler des Hauses, in dem er wohnte, wegen Beleidigung verklagt hatte. Der Postler hatte in der Gerichtsverhandlung den Wahrheitsbeweis dafür anzutreten versucht, daß beim Generalkonful Orgien mit „Kaduzänen“ stattgefunden hätten. Der Herausgeber des „Grünwald-Ex“ Dr. Rabat bittet uns in einer Zuschrift, die Darstellung der Gerichtsverhandlung doch zu berichtigen, daß er mit der ganzen Sache nichts zu tun gehabt habe, wegen Beleidigung nicht mit angeklagt war und deshalb auch nicht zu 40 Mark Geldstrafe verurteilt werden konnte.

Konservativer Bankrott in England

Wie die englische Regierung die Arbeitslosigkeit bekämpfen will.

Der Prinz von Wales, Sohn und Thronfolger des englischen Königs, leitet eine Wohltätigkeitsaktion der konservativen englischen Regierung, die für jedes von der privaten Mildtätigkeit für die arbeitslosen Bergarbeiter aufzubringende Pfund Sterling aus der Staatskasse weitere 20 Mark drauflegen will. Das ist das bisher einzige Ergebnis der konservativen Arbeitslosen- und Wirtschaftspolitik, deren „Pläne“ nachfolgend behandelt werden.

In England vegetieren 1 1/2 Millionen Arbeitslose; was ist zur Abhilfe getan, was soll getan werden? Das ist die Frage, die die englische Arbeiterpartei jetzt im Unterhaus mit aller Schärfe an die Regierung gerichtet hat, an jene konservative Regierung, die sich bei ihrem Antritt nicht genug tun konnte mit Anklagen gegen die „Idioten“ Arbeiterpartei, mit Hinweisen auf die Führerintelligenz der konservativen Schichten, denen es spielend gelänge würde, mit der englischen Wirtschaftspolitik fertig zu werden. Seitdem diese

Verprechungen so großzügig gegeben

murden, ist geraume Zeit dahingegangen, ohne daß auch nur die leiseste Andeutung einer Besserung zu spüren wäre. Der verantwortliche Lord Churchill versucht die peinliche Lage der Regierung dadurch zu retten, daß er sehr breit auf die Ursachen des permanenten Charakters der englischen Wirtschaftskrise eingeht: die Strukturwandlung der internationalen Abnehmerkraft Englands und die revolutionäre Entwicklung der modernen Produktionstechnik. Beide wirken dahin, daß der Absatz für zwei der wichtigsten Produktionszweige — Baumwollindustrie und Kohlenbergbau — sich zusehends schwieriger gestaltet.

Rum wird kein vernünftiger Mensch absegnen, daß die von Churchill so herab geschätzten Entwicklungstendenzen die Lage der englischen Industrie recht beschweren. Aber andererseits ist doch bekannt, daß diese Dinge, die ja mehr oder minder alle alten Industrieländer betreffen, in England deshalb so besonders unheilvoll wirken, weil die dortige Industrie zum großen Teil in feiner Weise tätig ist, sich der neuen Situation anzupassen. Wenn man sich nun die Ministerrede ansieht, so bekommt man den Eindruck, als ob sich eine innerwirtschaftliche Seite des englischen Krisenproblems überhaupt nicht existiert. Denn was wäre die Folge, wenn die verantwortlichen Instanzen sich zu der Ansicht bekennen müßten, daß die Schuld am gegenwärtigen Zustand nicht doch am widrigen Schicksal liegt. Allerdings, gäbe Churchill die Mängel der englischen Betriebe zu, dann wäre natürlich die Regierung gezwungen, aus dieser Einsicht die nötigen Konsequenzen zu ziehen, und daß das nicht ohne Reibungen mit ihrer konservativen Anhängerenschaft durchzuführen wäre, erscheint selbstverständlich.

Menschenvergnug statt industrieller Reform.

Während Lord Churchill in dieser Beziehung eine so bemerkenswerte Zurückhaltung übt, geht man da, wo man sich nicht durch Rücksichten auf die Unternehmer gebunden fühlt, erheblich energischer vor. Das gilt besonders bei dem Kernstück des ganzen Regierungsplans, das eine Exportierung der abgesetzten Industriearbeiter vorzieht. Die augenblicklich herrschende Regierung hat nichts geringeres vor, als die bedrohlich angeschwollenen Arbeitslosen systematisch aus England abzuschließen. Man hütet sich natürlich ängstlich davor, diese planmäßige Menschenverfrachtung durch direkte Zwangsmittel in die Wege zu leiten, um nicht in den Verdacht der Nachahmung bolschewistischer Gewaltmaßnahmen zu geraten. Aber das ist ja auch gar nicht nötig, da der Druck der Wirtschaftsnot einen genügend starken Impuls zu Auswanderungswünschen schafft, solange keine Aussicht zu einer grundsätzlichen Besserung der Lage besteht. Und daß das nicht der Fall sein kann, ist die feste Ueberzeugung der Regierung, die von ihrem Standpunkt aus diese Prognose durchaus mit Recht stellt, da der einzige Weg zur Besserung über die Einwirkung auf Industrie und Banken geht — ein Weg, der den Wirtschaftsbauern von heute politisch verschlossen ist.

Wenn nun die Regierung sich so entscheidendes von dem Auswanderungsprogramm verspricht — was hat sie getan, um es zur Ausführung zu bringen? Lord Churchill weist bei der Antwort auf diese Frage mit einem gewissen Stolz darauf hin, daß es gelungen sei, schon einige tausend Arbeitslose in Kanada unterzubringen, und daß man hofft, im Lauf der nächsten Jahre rund 3000 Arbeiter monatlich herauszubringen, entweder nach Kanada oder nach Neu-Schweden.

Rum ist es natürlich durchaus im Bereich der Möglichkeit, die angegebene Zahl von Menschen aus England zum Auswandern zu veranlassen, zumal es gelungen ist, mit den Schiffsahrtlinien Verträge auf Fahrpreisermäßigung abzuschließen. Das eigentliche Problem entsteht aber erst in dem Augenblick, wo die Leute im neuen Land sind und nun ihr Auskommen finden müssen. MacDonald weist mit Recht darauf hin, daß man sich in dieser Beziehung keinen Illusionen hingeben dürfe; denn gerade in den Dominions, die als Auswanderungsorte in Betracht kommen, herrscht im Grunde derselbe Mangel wie im Mutterland: starke Ueberfüllung aller industriellen, städtischen Berufe. Es wird daher kaum möglich sein, auch nur einen bescheidenen Teil der Ausgewanderten, ihrer früheren Tätigkeit entsprechend, zu beschäftigen; die Hauptmasse wird entweder über kurz oder lang den

Stand der kolonialen Arbeitslosigkeit vernehmen.

oder ist gezwungen, aufs Band abzuwandern, wo in der Tat ein Mangel an Arbeitskräften besteht. Rum sind aber die kolonialen Lebensverhältnisse für Landarbeiter so wesentlich unter dem gewohnten des englischen Industriearbeiters, daß eine Anpassung kaum gelingen kann. Daher kommt es auch, daß bis jetzt die Auswanderungsversuche, die von Arbeitern auf eigene Faust unternommen wurden, fast immer täglich gescheitert sind.

Rum will nun das schwierige Problem dadurch lösen, daß man die englischen Auswanderer auf einem der englischen Regierung zur Verfügung gestellten Terrain geschloffen ansiedelt, um hier — voraussichtlich durch langdauernde Zumdungen — den Standard entsprechend zu erhöhen. Rum ist es klar, daß diese Art der Kolonisation nur durchführbar ist, wenn sie in engen Grenzen bleibt, so daß schon aus diesem Grund an der Realisierung des ganzen pomposen Auswanderungsprogramms zu zweifeln ist. Aber selbst wenn man annimmt, daß das Mutterland zu größten finanziellen Opfern bereit wäre, die natürlich vor allem von der in England verbleibenden Arbeiterschaft zu tragen wären, erscheint das Projekt äußerst bedenklich und zwar vor allem aus politischen Gründen; denn es ist kaum anzunehmen, daß die Bevölkerung so selbstbewußter Länder, wie z. B. Kanada, ruhig zusehen wird, daß eine, durch Englands Finanzhilfe privilegierte Einwandererkolonie entsteht, deren Niveau über dem allgemeinen Niveau der Kolonie liegt. Daß das auch keineswegs im Interesse der englischen Arbeiterklasse liegen kann, ist so selbstverständlich, daß es kaum betont zu werden braucht. Daß es nun die jetzige Regierung ist, die durch ihren Kolonisationsplan

neuen Konfliktstoff mit den Tochterländern

schaffen muß, erscheint als besondere Ironie des Schicksals, da gerade sie alles daran setzen muß, die Beziehungen zwischen Mutterland und Gliedern des Imperiums möglichst reibungslos zu gestalten; denn die von ihr auch in dieser Parlamentsrede behauptete Politik des möglichst ungestörten Zulauges treibt doch das Mutterland auf Gehetz und Verderb zu den Tochterstaaten, die als Ersatz für alle die alten Handelsbeziehungen dienen müssen, die der Einführung eines Hochzollsystems zum Opfer fallen. Rum allerdings macht es ganz den Eindruck, als ob die Regierung sich über diese Wirkung, wie überhaupt über die Wirkungen der Schutzzölle, wenig Gedanken gemacht hat. In den Reden wenigstens hört man immer nur das Eine — daß die Zölle geeignet seien, die ungleiche Konkurrenz vom Markt auszuschalten. Jetzt ist es der Eisen- und Stahlzoll, den man erhöht; dahinter stehen schon andere Wünsche, denen die Regierung im Prinzip wohlwollend gegenübersteht.

Unser englische Bruderpartei hat die wirtschaftliche und soziale Kurzsichtigkeit des konservativen „Programms“ erkannt. Sie besorgt im englischen Parlament und in der englischen Öffentlichkeit Punkt für Punkt und schonungslos die Selbstkritik, vor der sich die konservative englische Regierung scheut. Eine weitere positive Arbeit ist der Labourpartei allerdings im Augenblick nicht möglich, da unter der jetzigen Regierung doch alle Vorschläge unter den Tisch fallen, die das Problem an der Wurzel packen: der staatliche Zwang zur Rationalisierung der englischen Industrien. Da die Reue wählen aber vor der Tür stehen, die der englischen Arbeiterpartei einen starken Zuwachs bringen werden, wird dem wirtschafts- und sozialpolitischen Bankrott der Konservativen auch bald die Vermittlung vernünftiger Ideen in der englischen Industrie folgen können, die auf den Barbarismus der Verpflanzung englischer Arbeiter in den letzten Weltraum verzichten kann.

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die Tarifierhöhung der Reichsbahn jedenfalls weit über das notwendige Maß hinausgegangen ist, und eine Ermäßigung der Personentarife für die Holzklasse ohne weiteres möglich ist. Das Zweiklassenystem wird erst dann der Reichsbahn beträchtliche Ersparnisse und Einnahmesteigerungen bringen, wenn es auch wirklich ausnahmslos durchgeführt wird und die Fahrpreise so festgelegt sind, daß sie nicht wie bisher verkehrsdrohend, sondern verkehrssteigernd wirken.

Im übrigen weist der Verkehrsbericht der Reichsbahngesellschaft für November erfreulicherweise einen geringeren Verkehrsrückgang auf, als infolge der Stilllegung der westdeutschen Eisenindustrie zu erwarten war. So wurden im November im arbeitsfähigen Durchschnitt 188 264 Wagen gegen 162 030 im Oktober, was einen Rückgang von nur 2,33 Proz. bedeutet. Die Gesamteinnahmen der Reichsbahn im Monat Oktober entsprechen mit 469,5 Millionen Mark fast genau den Betriebsergebnissen im September. Dagegen erhöhte sich der Ueberbruch über die Ausgabe, der im August und September 19 bzw. 20 Millionen Mark betragen hatte, auf 25,3 Millionen Mark, die zum Ausgleich von Mindereinnahmen hofolge Verkehrs-schwankungen in Reserve gestellt wurden.

Reparationskommissare berichten.

Urteil über die Wirtschaftslage.

Wie alljährlich haben die alliierten Kommissare bei der Reichsbank, der Reichsbahn, für die verpfändeten Einnahmen und für die Industriebanknoten jetzt wieder berichtet. Die Schlussbemerkungen des Berichtes des Reichsbankkommissars enthalten eine Würdigung der Wirtschaftslage und Wirtschaftsentwicklung Deutschlands.

Seit vier Jahren habe eine tiefgreifende Reorganisation und Rationalisierung des Wirtschaftslebens stattgefunden. Für einen großen Teil der Arbeiterbevölkerung sei das Vorkriegsniveau erreicht oder übertroffen. Der vielfach modernisierte Produktionsapparat verdisse rund vier Millionen Menschen mehr Arbeit als vor dem Kriege und eine große Anzahl von lange unbefriedigt gebliebenen öffentlichen Bedürfnissen habe inzwischen befriedigt werden können. Als Preis für die Fortschritte müsse heute ans Ausland eine jährliche Zinslast von weit über einer halben Milliarde gezahlt werden, wobei ohne Zweifel ein Teil dieser Lasten nicht in dem Sinne produktiv sei, daß sie ohne neue Belastung erwirtschaftet werden. Der hohe Zinsfuß und die darin zum Ausdruck kommende unbefriedigte Kapitalnachfrage, das bestehende Kapitaldefizit, seien trotz der zweckellos folgenden Kapitalbildung in Deutschland Schattenseiten in dem Bilde. Für die Landwirtschaft gelte, daß sie den hohen Zinsfuß in den eigenen Betrieben kaum kompensieren und auch kaum auf den Konsumenten abwälzen könne.

Ein besonders zu beachtender Faktor sei der demnächst zu erwartende Rückgang des Angebots von neuen Arbeitskräften als Folge des Geburtenrückganges während des Krieges, der eine Abnahme der gesamten Arbeiterbevölkerung und auch eine Erleichterung auf dem Wohnungsmarkt zur Folge haben werde. Eine glückliche Erscheinung sei es, daß die Politik der Reichsbank sich fortwährend habe festlegen können und jetzt kräftiger sei als in irgendeinem anderen Zeitpunkt der letzten vier Jahre.

Lokomotiv-Henschel jetzt Aktiengesellschaft.

45 Millionen Kapital.

Die im Zusammenhang mit der Konzentration im Lokomotivbau jetzt genannten Lokomotivwerke Henschel u. Sohn in Kassel haben jetzt die Umwandlung ihres Unternehmens aus einer Familien-G. m. b. H. in eine Aktiengesellschaft vollzogen.

Das Unternehmen von Henschel, das wie Porzig und Schwarzkopff mit die ersten Lokomotiven in Deutschland baute, vereinigte mehr als 20 Proz. der gesamten deutschen Lokomotivfabriken auf seine Betriebe, die eine jährliche Leistungsfähigkeit von etwa 1000 Lokomotiven haben. Wichtige Nebenbetriebe sind der Draht-, Bau-, Strohen- und Holzmaschinenbau.

Die Stärke des Henschel-Konzerns liegt in seiner breiten Rohstoffbasis. Er besitzt in den Hochöfen, Stahl- und Walzwerken der Henschelhütte in Hattlingen an der Ruhr eine Stahlbasis mit einer jährlichen Leistungsfähigkeit von 300 000 Tonnen Rohstahl und als Mehrheitsbesitzer der Eisenerz-Steinobstbergwerke eine Beteiligung von 27 Millionen nominal bei einem Aktienkapital von 52 Millionen Mark, womit Henschel auch Selbstverbraucherrechte für Kohlen hat.

Wie bei Opel werden auch die Henschel-Aktien zunächst in Familienbesitz bleiben. Im Zusammenhang mit der Interessenernahme bei der Lokomotivfabrik A. A. W. A. in R. u. S. ist eine Erhöhung des Kapitals im Januar vorgesehen.

Die Novemberübersicht der Konsumvereine. Nach der Wochenumsatzstatistik des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine beträgt der Durchschnittsumsatz im Monat November pro Mitglied und Woche 8,51 M. gegenüber 8,59 M. im Monat Oktober und 8,02 M. im November 1927. Der Rückgang ist ein außergewöhnlicher und ist in der Hauptsache wohl auf den Kaufkraftausfall durch die Ruderausparnung zurückzuführen. Der Wochenumsatz des Verbandes rheinisch-westfälischer Konsumvereine ist nämlich gegenüber Oktober von 10,59 M. auf 9,49 M., also um 1,10 M. pro Mitglied und Woche, gesunken.

Die Teilungswaffen der preussischen Rentenkassen. Wie die einzelnen Hypothekendarlehen, so haben jetzt auch die preussischen Rentenkassen bekanntgegeben, wie diese ihre Papiermarktschuldscheine im Verhältnis zum Goldwert ausmerien wollen. Nach dem Stande vom 30. September 1928 betragen die Auswertungsätze für die Rentenkassen in Ost- und Westpreußen 18,54 Proz., für Brandenburg 25,78 Proz., für Pommern 26,74 Proz., für Schlesien 27,46 Proz., für Sachsen 28,05 Proz., für Schleswig-Holstein 28,64 Proz., für Hannover 29,41 Proz., für Westfalen-Rheinprovinz 29,14 Proz., für Hessen-Nassau 24,22 Proz. und für Lauenburg 20,34 Proz. des Goldmarkwertes der Rentendriefe. Die Gläubiger von Rentendriefen der preussischen Rentenkassen werden aufgefordert, bis spätestens zum 31. März 1929 ihre Ansprüche bei der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) anzumelden und ihre Rentendriefe einzureichen. Die entsprechende ausführliche Bekanntmachung befindet sich in der Ausgabe des „Reichsanzeigers“ vom 18. Dezember 1928.

Die Leitung im Schauer-Konzern. Zum Vorsitzenden im Aufsichtsrat der Getreideindustrie und Kommissions N.-G. wurde Bankier Fritz Andrae vom Bankhaus Hardt u. Co. zum Stellvertretenden Vorsitzenden der Präsident der Preussischen, Dr. Klepper, gewählt. Bei der Deutschen Mühlenvereinigung N.-G. wurde zum Aufsichtsratsvorsitzenden Direktor Ripp von der Deutschen Bankkreditanstalt und zum ersten Vorstand Staatssekretär A. D. Roggendorf bestellt.

Reichsbahn nach Tarifierhöhung.

Höhere Fahrpreise — niedrigere Einnahmen.

Die Reichsbahn veröffentlicht soeben die Betriebsergebnisse für Oktober 1928. Die Gesamteinnahmen zeigen trotz der am 7. Oktober in Kraft getretenen Tarifierhöhung keine Steigerung, sondern hatten sich mit rund 460 Millionen Mark Gesamteinnahmen gerade auf der Septemberebene. In der Verteilung der Einnahmen aus Güterverkehr und Personenverkehr ist jedoch eine bedeutsame Verschiebung eingetreten. Während die Einnahmen aus dem Güterverkehr von September zu Oktober um 18 Millionen steigen, sind die Einnahmen aus dem Personenverkehr um 21 Millionen zurückgegangen. Der Rückgang der Personenerkehrseinnahmen war von September zu Oktober bedeutend stärker als im Vorjahre, wie der folgende Vergleich zeigt:

Einnahmen aus dem Personenverkehr:	
	in Millionen Mark
	1927
	1928
September	123
Oktober	114

Der Rückgang der Personenerkehrseinnahmen im laufenden Jahre geht weit über das durch die einzelmonatlichen Schwankungen des Reiseverkehrs bedingte Maß hinaus. Dieser Rückgang vollzieht sich gleichzeitig mit einer Tarifierhöhung, die erhebliche Mehreinnahmen bringen sollte. Von der Reichsbahnverwaltung ist erst jüngst die Erklärung abgegeben worden, daß man zwar ein sicheres Urteil über die finanzielle Auswirkung der Tarifierhöhung nach nicht ziehen könne, daß aber der „von manchen vorausgesetzte Rückgang

des Verkehrs infolge der höheren Tarife jedenfalls nicht eingetreten sei“. Das Ergebnis des ersten Monats, in dem die Tarifierhöhung wirksam war, zeigt, daß jedenfalls für den Personenverkehr im Gegenlag zu den Erklärungen der Reichsbahn im ersten Monat ein Rückgang eingetreten ist.

Da nun die Reichsbahn mit Befriedigung feststellt, daß die beabsichtigte und erwartete Auswanderung in die Volkst Klasse eingetreten ist, läßt sich der Einnahmerückgang nur so erklären, daß der Reiseverkehr von den früheren Fahrgästen der 4. Klasse eingeschränkt wurde. Berücksichtigt man, daß im Jahre 1927 nicht weniger als 83 1/2 Proz. aller Reisenden auf der Reichsbahn, abgesehen vom Stadt- und Bortortverkehr in Berlin und Homburg, die 4. Klasse benutzten, daß die Fahrpreiserhöhung für die früher 4. Klasse Reisenden nicht, wie die Reichsbahn behauptet, 10 bis 12 Proz. betrug, sondern durch die Abschaffung der zugschlüssigen beschleunigten Personenzüge und durch Einführung der EÜzugzuschläge sich vielfach mit 30 Proz. und mehr auswirkte, so kann man verstehen, daß dieser Verkehrsrückgang zwangsläufig wurde, weil eben einfach die Fahrpreise der Holzklasse für die breiten Massen teilweise unerträglich wurden.

Der Uebergang vom unrationellen Bierklassensystem zum modernen Zweiklassensystem ist auch von uns, nicht nur aus sozialen Gründen, sondern auch wegen der großen Ersparnismöglichkeiten, stets befürwortet worden. Die Reichsbahn ist aber gar nicht zum Zweiklassensystem übergegangen, sondern hat die größte Verlustquelle, den Beerlauf der 1. Klasse, nicht beseitigt (die überwiegende Zahl aller Schweißzüge fährt weiterhin mit der 1. Klasse), und sie hat ferner durch die Erhöhung der Fahrpreise der Holzklasse nicht nur jede Verkehrssteigerung unmöglich gemacht, sondern sogar offensichtlich einen Verkehrsrückgang verursacht.

Im letzter Stunde!



**Sonntag
von 2-6
geöffnet!**



Der beliebte, praktische Wäscheamt-Hänger, nett gepulzt. LoGr. 40-60, Gr. 40 (and. + 0.25) **2 75**



Höbscher Kindermantel, guter Velours, Pelzrollen, Pelzknöpfe. Gr. 40 (and. + 1.-) **7 50**



Hochmodernes Ottoman-Mantel mit reichem Sealokanin, Kellerralte im Rücken und ganz auf Damasse **23 50**



Das moderne jugendliche Prinzess-Glockenkleid. Papillon, schön verarbeitet; aperturBubikragen, Fechtstulpen **24 75**



Wie Sie wohl wissen, bekommen Sie jetzt bei uns auch Herren-Kleidung genau so vorteilhaft!

Z. B. dieser moderne, zweifelhige blaue Anzug aus reiner Wolle - unser bewährter Rupprecht-Anzug - gut verarbeitet, guter Sitz - kostet bei uns **49 00**



Auch für Ihre Jungens gibts jetzt gute, strapazierfähige Kleidung jeder Art! Und Sie werden erst staunen, wie ganz besonders billig gerade Jungens-Kleidung bei uns ist!

Wir haben mit diesem Angebot das alleräußerste getan, um es Ihnen und den Ihrigen zu ermöglichen, Weihnachten in schmucker, moderner Kleidung zu verleben.

Tun Sie das Ihre - denken Sie an „seinen“ Rat, und

GEHEN

SIE ZU

Königstr. 33 Am Bbl. Alexanderplatz Chausseestr. 113 Beim Stettiner Bahnhof

Oranienstraße 40 am Oranienplatz (nur Damenkleidung)



Nachdruck von Wort und Bild verboten! Die obigen Angebote stehen Ihnen ab Freitag zur Verfügung! - Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

Willkommene Weihnachtsgeschenke

in riesenhafter Auswahl
zu fabelhaft billigen Preisen auf

Teilzahlung

1/5 Anzahlung Rest in 5-6 Monats-
oder 20-24 Wochenraten,
bei Käufen über 100.-Mk. Rest in 8 Monats-
oder 32 Wochenraten.

Damen-Konfektion

Damen-Mäntel
aus englischen und Phantasie-Stoffen
9.50 10.50 12.50 14.50 16.50 18.50 20.50 22.50 24.50 26.50 28.50 30.50 32.50 34.50 36.50 38.50 40.50 42.50 44.50 46.50 48.50 50.50 52.50 54.50 56.50 58.50 60.50 62.50 64.50 66.50 68.50 70.50 72.50 74.50 76.50 78.50 80.50 82.50 84.50 86.50 88.50 90.50 92.50 94.50 96.50 98.50 100.50

Damen-Mäntel
aus marine und schwarz Ottoman, halb und ganz
gefüttert, mit Plüsch- und Pelz-Besatz
24.- 26.- 28.- 30.- 32.- 34.- 36.- 38.- 40.- 42.- 44.- 46.- 48.- 50.- 52.- 54.- 56.- 58.- 60.- 62.- 64.- 66.- 68.- 70.- 72.- 74.- 76.- 78.- 80.- 82.- 84.- 86.- 88.- 90.- 92.- 94.- 96.- 98.- 100.-

Damen-Mäntel
aus Fell-Imitationen, ganz gefüttert,
mit großem Kragen
20.50 22.50 24.50 26.50 28.50 30.50 32.50 34.50 36.50 38.50 40.50 42.50 44.50 46.50 48.50 50.50 52.50 54.50 56.50 58.50 60.50 62.50 64.50 66.50 68.50 70.50 72.50 74.50 76.50 78.50 80.50 82.50 84.50 86.50 88.50 90.50 92.50 94.50 96.50 98.50 100.50

Moderne Wollkleider
aus Popeline, Ripa, Crêpe-Caid
12.50 14.50 16.50 18.50 20.50 22.50 24.50 26.50 28.50 30.50 32.50 34.50 36.50 38.50 40.50 42.50 44.50 46.50 48.50 50.50 52.50 54.50 56.50 58.50 60.50 62.50 64.50 66.50 68.50 70.50 72.50 74.50 76.50 78.50 80.50 82.50 84.50 86.50 88.50 90.50 92.50 94.50 96.50 98.50 100.50

Nachmittags-Kleider
aus Crêpe de Chine, Georgette, Valenciennes,
Crêpe-Bain in modernen Fassons
20.50 22.50 24.50 26.50 28.50 30.50 32.50 34.50 36.50 38.50 40.50 42.50 44.50 46.50 48.50 50.50 52.50 54.50 56.50 58.50 60.50 62.50 64.50 66.50 68.50 70.50 72.50 74.50 76.50 78.50 80.50 82.50 84.50 86.50 88.50 90.50 92.50 94.50 96.50 98.50 100.50

Tanz- und Gesellschafts-Kleider
aus Tulle, Crêpe de Chine, Georgette, Crêpe-Bain
14.50 16.50 18.50 20.50 22.50 24.50 26.50 28.50 30.50 32.50 34.50 36.50 38.50 40.50 42.50 44.50 46.50 48.50 50.50 52.50 54.50 56.50 58.50 60.50 62.50 64.50 66.50 68.50 70.50 72.50 74.50 76.50 78.50 80.50 82.50 84.50 86.50 88.50 90.50 92.50 94.50 96.50 98.50 100.50

Pelzmäntel, Pelzkragen, Mäntel und Kleider in Extrawert
Kindermäntel in allen Größen
Röcke, Blusen, Morgenröcke

Strickkleidung für Damen, Herren u. Kinder
Strickkleider, Westen, Pullover, Lumberjacks



Pillich-Mantel gute Fellimitation ganz auf Damass gefüttert 29⁵⁰	Modernes Glockenkleid reine Wolle, in neuen Modifarben 17⁵⁰	Fesches Tanzkleid aus gutem, reinwolligen Crêpe de Chine mit eleganter Spitzen garnitur 24.-
---	---	--

Herren-Konfektion

Sakko-Anzüge aus strapazierfähigen Stoffen, gute Paßformen
28.- 30.- 32.- 34.- 36.- 38.- 40.- 42.- 44.- 46.- 48.- 50.- 52.- 54.- 56.- 58.- 60.- 62.- 64.- 66.- 68.- 70.- 72.- 74.- 76.- 78.- 80.- 82.- 84.- 86.- 88.- 90.- 92.- 94.- 96.- 98.- 100.-

Sakko-Anzüge aus kammgarnartigen und Kammgarn-Stoffen,
farbig marineblau und schwarz
in vorzüglicher Verarbeitung
68.- 72.- 76.- 80.- 84.- 88.- 92.- 96.- 100.-

Frack- und Smoking-Anzüge
Sport-Anzüge, 3- und 4-teilig

Herren-Ulster aus mollen Winterstoffen in neuen Farbönen,
gut verarbeitet
44.- 48.- 52.- 56.- 60.- 64.- 68.- 72.- 76.- 80.- 84.- 88.- 92.- 96.- 100.-

Herren-Paletots aus schwarz und marine Melton und Makino
in guter Paßform
54.- 58.- 62.- 66.- 70.- 74.- 78.- 82.- 86.- 90.- 94.- 98.- 100.-

Winter-Joppen, Windjacken
Breeches u. Streifen-Hosen

Leinen- u. Baumwollwaren, Inlette, Bettfedern, fertige
Betten, Bett-, Leib- und Tischwäsche, Oberhemden

Teppiche

in Boucle, Velour, Axminster
Tapestry, Wollperser
150/250 200/300 250/350 300/400
Brücken-, Vorlagen, Künstlertgardinen, Stores, Bettdecken,
Steppdecken, Tischdecken, Diwandecken, Wandbehänge

Schuhwaren

Damen-Spangenschuhe 7⁵⁰
schw. R.-Chevreau, m. amerik.
Absatz, bequeme Paßform

Damen-Lackschuh 11⁵⁰
mit reicher Verzierung
amerik. u. Louis XV.-Absatz

Pumps die große Mode in
Lack u. Wildleder,
in guter Ausführung, echt
Louis XV.-Absatz . . . 16⁵⁰

Damen-Lackschuh 18⁵⁰
mit reichem schw. Samt
kalf-Einsatz, rassistige Form
mit echt. Louis XV.-Absatz

Herren-Halbschuh 16⁵⁰
schwarz Boxkalf Rahmen
arbeit in amerikan. Form

Herren-Lackschuh 21⁵⁰
elegante Form, auch mit
Wildleder- u. Mastkalf-Ein-
säßen

Kinder-Schuhe · Kamelhaar- und Ueberzieh-Schuhe

Samstag von 2-6 Uhr geöffnet



Herren-Ulster moderne Form mit Rund- gurt gute Winter- qualität mit Absätze 72.-	Sakko-Anzug blau Kammgarn-Twill reiwollene Qualität erstklassige Paßform 78.-	Smoking- Anzug schwarz Melton gut in Verarbeitung und Paßform 84.-
--	---	--

KAUFHAUS
Modern
IM OSTEN: Große Frankfurterstr. 101
Ecke Krautstr. Am Straußberger-Pl.
IM SÜDEN: Kottbuserdamm 72
Ecke Lenaustr. Nähe Hermann-Pl.

Grammophon

das Instrument, das den höchsten Ansprüchen jedes Musikkenners genügt



auf 12 gleiche Monatsraten

Grammophon-Spezialhaus G.m.b.H. BERLIN W. FRIEDRICHSTRASSE 189 TAUENTZHENSTRASSE 14

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, d. 21. 12. Staats-Oper Unter d. Linden A.V. 17 1/2 Uhr **Troubadour**

Freitag, d. 21. 12. Städtische Oper Bismarckstr. Turnus I 19 1/2 Uhr **Othello**

Staats-Oper Am P.L. d. Republ. R.S. 23 1/2 Uhr **Fidelio**

Staatl. Schauspiel. in Siedemannstr. A.V. 20 30 Uhr **Herodes u. Mariamne**

Staatl. Schiller-Theater, Charlfbg. 20 Uhr **Flodsmann als Erzieher**

Theater des Westens

Täglich 8 1/2 Uhr **Friederike**

Frans Lehar dirigiert **Räthe Dorich Richard Tauber**

Die Köpfe bleiben den ganzen Tag gelblich.

Ziel: Theater des Westens: Steinplatz 951 u. 7183.

METROPOL-THEATER WEIHNACHTS-PREMIERE

23. Dezember 7 1/2 Uhr GASTSPIEL GROSSES SCHAUSPIELHAUS

Die lustige Witwe

FRITZI MASSARY Operette in 6 Bildern von Franz Lehár

Regie: Erik Charell

Der Vorverkauf hat begonnen. Telefon: Zentrum 1078 und 893.

Renaissance-Theater

Tel. Steinplatz 801 u. 2503/54. Bis 21. Dezember tägl. 8 1/2 Uhr **„Ton in des Täpfers Hand“**

Regie: Gust. Hartung.

Theater d. Kottbuser

Kottbuser Str. 6 Tel. M.p. 1007. Täglich 8 Uhr, auch Sonntag nachm. 3 Uhr fernab. Preise: **Elite-Sänger**

Weihnachtsprogramm: **Das große Ereignis**

Preise: 1.40, 1.70, 2.00, 2.50, 3.00, 3.50, 4.00, 4.50, 5.00, 5.50, 6.00, 6.50, 7.00, 7.50, 8.00, 8.50, 9.00, 9.50, 10.00, 10.50, 11.00, 11.50, 12.00, 12.50, 13.00, 13.50, 14.00, 14.50, 15.00, 15.50, 16.00, 16.50, 17.00, 17.50, 18.00, 18.50, 19.00, 19.50, 20.00, 20.50, 21.00, 21.50, 22.00, 22.50, 23.00, 23.50, 24.00, 24.50, 25.00, 25.50, 26.00, 26.50, 27.00, 27.50, 28.00, 28.50, 29.00, 29.50, 30.00, 30.50, 31.00, 31.50, 32.00, 32.50, 33.00, 33.50, 34.00, 34.50, 35.00, 35.50, 36.00, 36.50, 37.00, 37.50, 38.00, 38.50, 39.00, 39.50, 40.00, 40.50, 41.00, 41.50, 42.00, 42.50, 43.00, 43.50, 44.00, 44.50, 45.00, 45.50, 46.00, 46.50, 47.00, 47.50, 48.00, 48.50, 49.00, 49.50, 50.00, 50.50, 51.00, 51.50, 52.00, 52.50, 53.00, 53.50, 54.00, 54.50, 55.00, 55.50, 56.00, 56.50, 57.00, 57.50, 58.00, 58.50, 59.00, 59.50, 60.00, 60.50, 61.00, 61.50, 62.00, 62.50, 63.00, 63.50, 64.00, 64.50, 65.00, 65.50, 66.00, 66.50, 67.00, 67.50, 68.00, 68.50, 69.00, 69.50, 70.00, 70.50, 71.00, 71.50, 72.00, 72.50, 73.00, 73.50, 74.00, 74.50, 75.00, 75.50, 76.00, 76.50, 77.00, 77.50, 78.00, 78.50, 79.00, 79.50, 80.00, 80.50, 81.00, 81.50, 82.00, 82.50, 83.00, 83.50, 84.00, 84.50, 85.00, 85.50, 86.00, 86.50, 87.00, 87.50, 88.00, 88.50, 89.00, 89.50, 90.00, 90.50, 91.00, 91.50, 92.00, 92.50, 93.00, 93.50, 94.00, 94.50, 95.00, 95.50, 96.00, 96.50, 97.00, 97.50, 98.00, 98.50, 99.00, 99.50, 100.00, 100.50, 101.00, 101.50, 102.00, 102.50, 103.00, 103.50, 104.00, 104.50, 105.00, 105.50, 106.00, 106.50, 107.00, 107.50, 108.00, 108.50, 109.00, 109.50, 110.00, 110.50, 111.00, 111.50, 112.00, 112.50, 113.00, 113.50, 114.00, 114.50, 115.00, 115.50, 116.00, 116.50, 117.00, 117.50, 118.00, 118.50, 119.00, 119.50, 120.00, 120.50, 121.00, 121.50, 122.00, 122.50, 123.00, 123.50, 124.00, 124.50, 125.00, 125.50, 126.00, 126.50, 127.00, 127.50, 128.00, 128.50, 129.00, 129.50, 130.00, 130.50, 131.00, 131.50, 132.00, 132.50, 133.00, 133.50, 134.00, 134.50, 135.00, 135.50, 136.00, 136.50, 137.00, 137.50, 138.00, 138.50, 139.00, 139.50, 140.00, 140.50, 141.00, 141.50, 142.00, 142.50, 143.00, 143.50, 144.00, 144.50, 145.00, 145.50, 146.00, 146.50, 147.00, 147.50, 148.00, 148.50, 149.00, 149.50, 150.00, 150.50, 151.00, 151.50, 152.00, 152.50, 153.00, 153.50, 154.00, 154.50, 155.00, 155.50, 156.00, 156.50, 157.00, 157.50, 158.00, 158.50, 159.00, 159.50, 160.00, 160.50, 161.00, 161.50, 162.00, 162.50, 163.00, 163.50, 164.00, 164.50, 165.00, 165.50, 166.00, 166.50, 167.00, 167.50, 168.00, 168.50, 169.00, 169.50, 170.00, 170.50, 171.00, 171.50, 172.00, 172.50, 173.00, 173.50, 174.00, 174.50, 175.00, 175.50, 176.00, 176.50, 177.00, 177.50, 178.00, 178.50, 179.00, 179.50, 180.00, 180.50, 181.00, 181.50, 182.00, 182.50, 183.00, 183.50, 184.00, 184.50, 185.00, 185.50, 186.00, 186.50, 187.00, 187.50, 188.00, 188.50, 189.00, 189.50, 190.00, 190.50, 191.00, 191.50, 192.00, 192.50, 193.00, 193.50, 194.00, 194.50, 195.00, 195.50, 196.00, 196.50, 197.00, 197.50, 198.00, 198.50, 199.00, 199.50, 200.00, 200.50, 201.00, 201.50, 202.00, 202.50, 203.00, 203.50, 204.00, 204.50, 205.00, 205.50, 206.00, 206.50, 207.00, 207.50, 208.00, 208.50, 209.00, 209.50, 210.00, 210.50, 211.00, 211.50, 212.00, 212.50, 213.00, 213.50, 214.00, 214.50, 215.00, 215.50, 216.00, 216.50, 217.00, 217.50, 218.00, 218.50, 219.00, 219.50, 220.00, 220.50, 221.00, 221.50, 222.00, 222.50, 223.00, 223.50, 224.00, 224.50, 225.00, 225.50, 226.00, 226.50, 227.00, 227.50, 228.00, 228.50, 229.00, 229.50, 230.00, 230.50, 231.00, 231.50, 232.00, 232.50, 233.00, 233.50, 234.00, 234.50, 235.00, 235.50, 236.00, 236.50, 237.00, 237.50, 238.00, 238.50, 239.00, 239.50, 240.00, 240.50, 241.00, 241.50, 242.00, 242.50, 243.00, 243.50, 244.00, 244.50, 245.00, 245.50, 246.00, 246.50, 247.00, 247.50, 248.00, 248.50, 249.00, 249.50, 250.00, 250.50, 251.00, 251.50, 252.00, 252.50, 253.00, 253.50, 254.00, 254.50, 255.00, 255.50, 256.00, 256.50, 257.00, 257.50, 258.00, 258.50, 259.00, 259.50, 260.00, 260.50, 261.00, 261.50, 262.00, 262.50, 263.00, 263.50, 264.00, 264.50, 265.00, 265.50, 266.00, 266.50, 267.00, 267.50, 268.00, 268.50, 269.00, 269.50, 270.00, 270.50, 271.00, 271.50, 272.00, 272.50, 273.00, 273.50, 274.00, 274.50, 275.00, 275.50, 276.00, 276.50, 277.00, 277.50, 278.00, 278.50, 279.00, 279.50, 280.00, 280.50, 281.00, 281.50, 282.00, 282.50, 283.00, 283.50, 284.00, 284.50, 285.00, 285.50, 286.00, 286.50, 287.00, 287.50, 288.00, 288.50, 289.00, 289.50, 290.00, 290.50, 291.00, 291.50, 292.00, 292.50, 293.00, 293.50, 294.00, 294.50, 295.00, 295.50, 296.00, 296.50, 297.00, 297.50, 298.00, 298.50, 299.00, 299.50, 300.00, 300.50, 301.00, 301.50, 302.00, 302.50, 303.00, 303.50, 304.00, 304.50, 305.00, 305.50, 306.00, 306.50, 307.00, 307.50, 308.00, 308.50, 309.00, 309.50, 310.00, 310.50, 311.00, 311.50, 312.00, 312.50, 313.00, 313.50, 314.00, 314.50, 315.00, 315.50, 316.00, 316.50, 317.00, 317.50, 318.00, 318.50, 319.00, 319.50, 320.00, 320.50, 321.00, 321.50, 322.00, 322.50, 323.00, 323.50, 324.00, 324.50, 325.00, 325.50, 326.00, 326.50, 327.00, 327.50, 328.00, 328.50, 329.00, 329.50, 330.00, 330.50, 331.00, 331.50, 332.00, 332.50, 333.00, 333.50, 334.00, 334.50, 335.00, 335.50, 336.00, 336.50, 337.00, 337.50, 338.00, 338.50, 339.00, 339.50, 340.00, 340.50, 341.00, 341.50, 342.00, 342.50, 343.00, 343.50, 344.00, 344.50, 345.00, 345.50, 346.00, 346.50, 347.00, 347.50, 348.00, 348.50, 349.00, 349.50, 350.00, 350.50, 351.00, 351.50, 352.00, 352.50, 353.00, 353.50, 354.00, 354.50, 355.00, 355.50, 356.00, 356.50, 357.00, 357.50, 358.00, 358.50, 359.00, 359.50, 360.00, 360.50, 361.00, 361.50, 362.00, 362.50, 363.00, 363.50, 364.00, 364.50, 365.00, 365.50, 366.00, 366.50, 367.00, 367.50, 368.00, 368.50, 369.00, 369.50, 370.00, 370.50, 371.00, 371.50, 372.00, 372.50, 373.00, 373.50, 374.00, 374.50, 375.00, 375.50, 376.00, 376.50, 377.00, 377.50, 378.00, 378.50, 379.00, 379.50, 380.00, 380.50, 381.00, 381.50, 382.00, 382.50, 383.00, 383.50, 384.00, 384.50, 385.00, 385.50, 386.00, 386.50, 387.00, 387.50, 388.00, 388.50, 389.00, 389.50, 390.00, 390.50, 391.00, 391.50, 392.00, 392.50, 393.00, 393.50, 394.00, 394.50, 395.00, 395.50, 396.00, 396.50, 397.00, 397.50, 398.00, 398.50, 399.00, 399.50, 400.00, 400.50, 401.00, 401.50, 402.00, 402.50, 403.00, 403.50, 404.00, 404.50, 405.00, 405.50, 406.00, 406.50, 407.00, 407.50, 408.00, 408.50, 409.00, 409.50, 410.00, 410.50, 411.00, 411.50, 412.00, 412.50, 413.00, 413.50, 414.00, 414.50, 415.00, 415.50, 416.00, 416.50, 417.00, 417.50, 418.00, 418.50, 419.00, 419.50, 420.00, 420.50, 421.00, 421.50, 422.00, 422.50, 423.00, 423.50, 424.00, 424.50, 425.00, 425.50, 426.00, 426.50, 427.00, 427.50, 428.00, 428.50, 429.00, 429.50, 430.00, 430.50, 431.00, 431.50, 432.00, 432.50, 433.00, 433.50, 434.00, 434.50, 435.00, 435.50, 436.00, 436.50, 437.00, 437.50, 438.00, 438.50, 439.00, 439.50, 440.00, 440.50, 441.00, 441.50, 442.00, 442.50, 443.00, 443.50, 444.00, 444.50, 445.00, 445.50, 446.00, 446.50, 447.00, 447.50, 448.00, 448.50, 449.00, 449.50, 450.00, 450.50, 451.00, 451.50, 452.00, 452.50, 453.00, 453.50, 454.00, 454.50, 455.00, 455.50, 456.00, 456.50, 457.00, 457.50, 458.00, 458.50, 459.00, 459.50, 460.00, 460.50, 461.00, 461.50, 462.00, 462.50, 463.00, 463.50, 464.00, 464.50, 465.00, 465.50, 466.00, 466.50, 467.00, 467.50, 468.00, 468.50, 469.00, 469.50, 470.00, 470.50, 471.00, 471.50, 472.00, 472.50, 473.00, 473.50, 474.00, 474.50, 475.00, 475.50, 476.00, 476.50, 477.00, 477.50, 478.00, 478.50, 479.00, 479.50, 480.00, 480.50, 481.00, 481.50, 482.00, 482.50, 483.00, 483.50, 484.00, 484.50, 485.00, 485.50, 486.00, 486.50, 487.00, 487.50, 488.00, 488.50, 489.00, 489.50, 490.00, 490.50, 491.00, 491.50, 492.00, 492.50, 493.00, 493.50, 494.00, 494.50, 495.00, 495.50, 496.00, 496.50, 497.00, 497.50, 498.00, 498.50, 499.00, 499.50, 500.00, 500.50, 501.00, 501.50, 502.00, 502.50, 503.00, 503.50, 504.00, 504.50, 505.00, 505.50, 506.00, 506.50, 507.00, 507.50, 508.00, 508.50, 509.00, 509.50, 510.00, 510.50, 511.00, 511.50, 512.00, 512.50, 513.00, 513.50, 514.00, 514.50, 515.00, 515.50, 516.00, 516.50, 517.00, 517.50, 518.00, 518.50, 519.00, 519.50, 520.00, 520.50, 521.00, 521.50, 522.00, 522.50, 523.00, 523.50, 524.00, 524.50, 525.00, 525.50, 526.00, 526.50, 527.00, 527.50, 528.00, 528.50, 529.00, 529.50, 530.00, 530.50, 531.00, 531.50, 532.00, 532.50, 533.00, 533.50, 534.00, 534.50, 535.00, 535.50, 536.00, 536.50, 537.00, 537.50, 538.00, 538.50, 539.00, 539.50, 540.00, 540.50, 541.00, 541.50, 542.00, 542.50, 543.00, 543.50, 544.00, 544.50, 545.00, 545.50, 546.00, 546.50, 547.00, 547.50, 548.00, 548.50, 549.00, 549.50, 550.00, 550.50, 551.00, 551.50, 552.00, 552.50, 553.00, 553.50, 554.00, 554.50, 555.00, 555.50, 556.00, 556.50, 557.00, 557.50, 558.00, 558.50, 559.00, 559.50, 560.00, 560.50, 561.00, 561.50, 562.00, 562.50, 563.00, 563.50, 564.00, 564.50, 565.00, 565.50, 566.00, 566.50, 567.00, 567.50, 568.00, 568.50, 569.00, 569.50, 570.00, 570.50, 571.00, 571.50, 572.00, 572.50, 573.00, 573.50, 574.00, 574.50, 575.00, 575.50, 576.00, 576.50, 577.00, 577.50, 578.00, 578.50, 579.00, 579.50, 580.00, 580.50, 581.00, 581.50, 582.00, 582.50, 583.00, 583.50, 584.00, 584.50, 585.00, 585.50, 586.00, 586.50, 587.00, 587.50, 588.00, 588.50, 589.00, 589.50, 590.00, 590.50, 591.00, 591.50, 592.00, 592.50, 593.00, 593.50, 594.00, 594.50, 595.00, 595.50, 596.00, 596.50, 597.00, 597.50, 598.00, 598.50, 599.00, 599.50, 600.00, 600.50, 601.00, 601.50, 602.00, 602.50, 603.00, 603.50, 604.00, 604.50, 605.00, 605.50, 606.00, 606.50, 607.00, 607.50, 608.00, 608.50, 609.00, 609.50, 610.00, 610.50, 611.00, 611.50, 612.00, 612.50, 613.00, 613.50, 614.00, 614.50, 615.00, 615.50, 616.00, 616.50, 617.00, 617.50, 618.00, 618.50, 619.00, 619.50, 620.00, 620.50, 621.00, 621.50, 622.00, 622.50, 623.00, 623.50, 624.00, 624.50, 625.00, 625.50, 626.00, 626.50, 627.00, 627.50, 628.00, 628.50, 629.00, 629.50, 630.00, 630.50, 631.00, 631.50, 632.00, 632.50, 633.00, 633.50, 634.00, 634.50, 635.00, 635.50, 636.00, 636.50, 637.00, 637.50, 638.00, 638.50, 639.00, 639.50, 640.00, 640.50, 641.00, 641.50, 642.00, 642.50, 643.00, 643.50, 644.00, 644.50, 645.00, 645.50, 646.00, 646.50, 647.00, 647.50, 648.00, 648.50, 649.00, 649.50, 650.00, 650.50, 651.00, 651.50, 652.00, 652.50, 653.00, 653.50, 654.00, 654.50, 655.00, 655.50, 656.00, 656.50, 657.00, 657.50, 658.00, 658.50, 659.00, 659.50, 660.00, 660.50, 661.00, 661.50, 662.00, 662.50, 663.00, 663.50, 664.00, 664.50, 665.00, 665.50, 666.00, 666.50, 667.00, 667.50, 668.00, 668.50, 669.00, 669.50, 670.00, 670.50, 671.00, 671.50, 672.00, 672.50, 673.00, 673.50, 674.00, 674.50, 675.00, 675.50, 676.00, 676.50, 677.00, 677.50, 678.00, 678.50, 679.00, 679.50, 680.00, 680.50, 681.00, 681.50, 682.00, 682.50, 683.00, 683.50, 684.00, 684.50, 685.00, 685.50, 686.00, 686.50, 687.00, 687.50, 688.00, 688.50, 689.00, 689.50, 690.00, 690.50, 691.00, 691.50, 692.00, 692.50, 693.00, 693.50, 694.00, 694.50, 695.00, 695.50, 696.00, 696.50, 697.00, 697.50, 698.00, 698.50, 699.00, 699.50, 700.00, 700.50, 701.00, 701.50, 702.00, 702.50, 703.00, 703.50, 704.00, 704.50, 705.00, 705.50, 706.00, 706.50, 707.00, 707.50, 708.00, 708.50, 709.00, 709.50, 710.00, 710.50, 711.00

Der erste weibliche Schulrat in Berlin.

Von Lisbeth Hübner-Riedger.

Vor kurzem sind in Berlin zwei neue Schulräte gewählt worden. Zu dieser Wahl hat die „Berliner Lehrerzeitung“, das Organ des „politisch-neutralen“ Lehrervereins, „monderlei angemerkt“.

Der Magistrat hat nämlich etwas Unerhörtes getan: einer dieser neuwählten Schulräte ist nicht nur Sozialdemokrat, — für „Politisch-Neutrale“ an sich schon etwas Bedenkliches! — sondern sogar ein weiblicher Sozialist, unsere Genossin Käthe Feuerflak, bisher Rektorin in Neuföhren. Die beiden Kandidaten des Berliner Lehrervereins sind durchgefallen, obwohl sie eine „mehrfache Stelle“ anerkannt haben soll, „durch ihre Qualität alle anderen Kandidaten weit überragten“!

Dass der Berliner Lehrerverein sich durch dieses Lob über die Enttäuschung leichter hinwegbringen will, ist begreiflich. Was er aber aus derselben Enttäuschung heraus für absperrende, ja gebäufige Urteile über Frau Feuerflak ausspricht, ist nicht mehr begreiflich und auf das entschiedenste zurückzuweisen. Man urteile selbst!

Ofters dieses Jahres veranstaltete der Berliner Lehrerverein einen pädagogischen Kongress. Eine einzige Berliner Lehrerin sprach bei dieser Gelegenheit: Frau Feuerflak, und zwar auf Einladung des Berliner Lehrervereins! Heute hat man diese Tatsache offenbar völlig vergessen, erwähnt wird sie jedenfalls bei der „Beurteilung“ der neuen Schulräte nicht. Scheinbar hat man Frau Feuerflak eben erst kennengelernt, nämlich bei Verhandlungen über den Lehrplan der neuen Volkshochschulen. Ohne die Gründe für ihre berufliche Haltung zu kennen, — vielleicht will man das auch gar nicht — ist das Urteil fertig: „Wo bei diesen Erfahrungen hier das Vertrauen herkommen soll, daß die künftige Amtsbearbeitung tatsächlich auf praktische Förderung des Schulwesens eingestellt sei, bleibt vollständig Problem. Ein parteipolitisches Diktat kam in Berlin wohl ins Amt stellen, kann aber das Vertrauen nicht schaffen. Das muß durch positive Arbeitsleistung erworben werden.“

Das schreibt ein „objektiver“ Lehrer — unter Billigung des Lehrervereins — seiner künftigen Vorgesetzten ins Stammbuch. Doch wohl nur, um an seinem Teile dazu beizutragen, daß der ersten Frau, die als Vorgesetzte von Lehrern tätig sein wird, diese Tätigkeit nach Möglichkeit zu erschweren! Oder sollte gerade den Berliner Lehrern noch unerträglich erscheinen, was längst nicht mehr nur Förderung von Lehrerinnen ist, sondern als selbstverständliche Aufgabe von der Schulaufsichtsbehörde anerkannt wird, von der Mehrheit des Volkes als Verfassungsrecht gewährleistet ist: die Gleichberechtigung der Frau, die sich natürlich auch auf solche höheren Stellen beziehen muß? Es ist ja noch gar kein Akt der Gerechtigkeit, diese Wahl, sondern ein ganz kleiner Anfang zur Beseitigung der größten Ungerechtigkeit!

Man verführe nicht, diesen Kampf gegen die Frau als Vorgesetzte zu verschleppen in einen Kampf gegen die „unfähige“ Frau Feuerflak, und man spreche nicht von „einer außerordentlichen Gefahr unseres gesamten öffentlichen Lebens“, weil diese Frau Sozialdemokratin ist. Frau Feuerflaks Tätigkeit hat sich in so breiter Öffentlichkeit abgepielt, daß sie keinem pädagogisch interessierten Lehrer unbekannt sein kann. Und wenn ihre rege Vortragstätigkeit über die mannigfaltigen Gebiete der Erziehungs- und Schulfragen bisher nicht „positive Arbeit“ genug war, um „Vertrauen“ zu gewinnen, den Wert etwas anderes, als er liegt: nämlich der Geist, in dem ihre Vorträge gehalten wurden. Wir haben jedenfalls das feste Vertrauen, daß hier der Magistrat die beste Wahl getroffen hat. Wir begrüßen in Frau Feuerflak den weitblickenden Pädagogen und zugleich die Frau! Wir haben die feste Überzeugung, daß sie trotz der Schwierigkeiten, die die männliche Belegschaft Berlins mit diesem Artikel ihr eröffnet, beweisen wird, daß sie nicht nur den Vergleich mit den männlichen Schulaufsichtsbearbeitern aushalten kann, sondern daß sie darüber hinaus die besonderen Aufgaben, die der Frau erwachsen, lösen wird.

Die Berliner Belegschaft wird sich daran gewöhnen müssen, auch Frauen als Vorgesetzte anzuerkennen. Vielleicht bestimmen sich die Lehrerinnen, die recht zahlreich im Berliner Lehrerverein organisiert sind, darauf, daß man von ihnen eines Tages sagen könnte: der größte Feind der Frau ist — die Frau!

genommen und durchgeführt. Während das Bezirksamt durch Schätzung Sachverständiger und durch historische Bemessung der Wertpreise auf 2 M. pro Quadratmeter kam, forderten die Besitzer für ihr wertloses Hinterland, das jede Bauverwertung ausschließt, 12 M. pro Quadratmeter Grundfläche und außerdem 6 M. pro Quadratmeter Gartennutzungserschädigung, zusammen also 18 M. Gesamtpreis pro Quadratmeter. Zudem sollten Entschädigungen für jeden entfernten Baum, Strauch oder Pflanze sowie 20 M. für jedes Eider durch den Richtauslauf am Eierlegen verhinderten Hühner (!!!) festgesetzt und ein massiver Zaun errichtet werden. Trotz gütlicher Verhandlungen und Entgegenkommens des Bezirksamts kam es zu keiner Einigung, so daß nach bald zweijährigem Hin und Her der Enteignungskommissar einen Preis von 6 M. grundsätzlich als entsprechend festlegte. Der Bau der Straße, die als „Straße 50“ ihre Bezeichnung erhielt, ging indessen vor sich, ebenso das Legen der Straßenbahnlinien nach den eingereichten, aufgelegten Plänen und Zeichnungen. Inzwischen war es aber zu einer Verständigung mit den Anliegern, bis auf vier extreme Außenseiter, gekommen, die als Interessenten einen deutschen nationalen Bezirksverein an die Seite hatten. Um jedoch eine volle Einigung zu hintertreiben, versteckte man sich hinter das Kleinbahngesetz, das als Durchführung neuer Linien die Veräumung aller etwa vorliegenden Einsprüche und Entschädigungen vorsieht. Trotz aller Genehmigungen und Förderungen im Interesse der Allgemeinheit mußte der Weiterbau und die Fertigstellung der Bahnlinie nach dem Freibau, deren Eröffnung schon im Sommer angekündigt war, unterbleiben, und die Berliner Ausflügler können den Friedrichshagener deutschen nationalen Querschnitten ihren besonderen Dank für die Förderung ihrer gesundheitlichen Belange aussprechen. Die Angelegenheit hat jedoch zur Folge gehabt, daß bei Beratung der in Frage stehenden Verhältnisse die Vertreter der Aufsichtsbehörde zum Ausdruck brachten, daß in Zukunft keine neue Verkehrslinie genehmigt und zum Bau freigegeben werde, bevor nicht alle und jede im Kleinbahngesetz getroffenen Maßnahmen beräumt seien. Damit sind alle bisher im Verkehrsinteresse liberal behandelten Anträge und Pläne der städtischen Verkehrsverwaltung inhibiert und die Verkehrsinteressen der Bureaukratie überantwortet worden. Die städtische Verkehrsverwaltung ist, wie ausdrücklich erklärt wurde, nun nicht mehr in der Lage, neue Linien einzurichten und durchzuführen. Sollte die Verkehrsnot, wie anzunehmen ist, noch größer werden, so hat die Groß-Berliner Bevölkerung dies einzig und allein den Friedrichshagener Hauspflästerern zu danken.

Aus den Bezirken.

Neue Ausfallstraße nach Tempelhof.

6. Bezirk — Kreuzberg.

Wir berichteten bereits gestern früh über einen Teil der letzten Bezirksversammlung. Im weiteren Verlauf stimmte die Versammlung dem Fluchtlinienplan und der Verbreiterung des Straßenzuges Lindenstraße — Ede Hollmannstraße zur Alten Jakobstraße — Ede Gieseler Straße als östliche Ausfallstraße nach Tempelhof einstimmig zu. Ferner nahm die Bezirksversammlung einstimmig Kenntnis von der Absicht des Bezirksamts, im Hause Kolibriweg 26/26 Räume zu mieten, welche hinreichend Platz zur Zusammenlegung der jetzt verstreuten Dienststellen des Wahlamts bieten. Die Vorlage des Bezirksamts zwecks Umbenennung der Königsgräber Straße in „Oesterreichische“ Straße wurde verworfen, da die Veranschaulichung der Veranschaulichung infolge Beschlußunfähigkeit der Bezirksversammlung nicht verabschiedet werden.

Die Unglücksbrücken.

11. Bezirk — Schöneberg.

In der letzten Bezirksversammlung wurde an Stelle des in die Stadtverordnetenversammlung eingerichteten Bezirksvorsitzenden Schubert der Kommunist Holmann eingeführt. Die Versammlung bewilligte 8000 M. aus Vorbehaltsmitteln für Ergänzung der Jugendchriften-Abteilung, wobei gefordert wurde, auch sozialistische Literatur zu berücksichtigen. In einem Antrag verlangten unsere Genossen den Neubau der Schobhaften Monumentenbrücke. Genosse Fritsch führte zur Begründung aus, daß die Dellenlichter auf die Wählände, die die Holzbrücken über die Eisenbahn in der Monumenten- und Kolonnenstraße mit sich bringen, immer wieder hingewiesen werden müßten. In kurzer Zeit sind hier große Unglücksfälle, zum Teil mit tödlichem Ausgang, erfolgt, ohne daß die Reichsbahn Abhilfe geschaffen hat. Wir verlangen mit allem Nachdruck vom Bezirksamt, der Reichsbahngesellschaft nahe

zu legen, endlich mit dem Neubau zu beginnen, damit nicht noch weitere Menschenleben gefährdet werden. Das gleiche gilt auch von der Kolonnenbrücke. Alle Parteien stimmten dem Antrage zu.

Stadtbaurat Lassen teilte mit, daß bereits seit längerer Zeit Verhandlungen mit der Reichsbahn gepflogen werden, die in Kürze zu einem positiven Ergebnis führen dürften. Eine nichtöffentliche Sitzung schloß sich an.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Genosse Platon folgende Erklärung ab:

In Nr. 227 des Schöneberger Tageblattes wird behauptet, Deutschnationalen- und SPD-Fraktion der Bezirksversammlung hätten in bezug auf die Stadtratsneuwahlen Abmachungen getroffen. Im Auftrage meiner Fraktion erkläre ich: Verhandlungen sind mit der deutschnationalen Fraktion nicht geführt, Abmachungen mit keiner Partei getroffen worden.

Anschließend sollten solche Abmachungen wegen Bezeichnung der durch Reberaktung am 1. April 1920 freierwerbenden Stadtratsstellen gepflogen worden sein.

Schildbürgerei in Friedrichshagen.

Deutschnationalen verhindern den Verkehrsausbau.

Man sollte es nicht für möglich halten, daß eine Handvoll deutschnationaler Spießbürger in ihrer Engstirnigkeit den notwendigen Verkehrsausbau und die Schaffung neuer Verbindungsmöglichkeiten für das gewaltige Groß-Berlin verhindern kann. Und doch ist dies eine Tatsache, die die Beachtung und Aufmerksamkeit aller denkenden Kommunalpolitiker verdient.

Der Sachverhalt ist folgender: Als in der Krisenperiode 1926 Groß-Berlin, gezwungen durch die wirtschaftliche Not, die Ausführung großer Projekte für die produktive Erwerbslosenfürsorge in Angriff nahm, wurde auch im 16. Bezirk der Bau einer großen Ausfallstraße vom Bahnhof Friedrichshagen (im Anschluß an die bestehende aus dem Osten Berlins) nach dem Freibad Raggelsee und darüber hinaus bis Erkner durch die Behörde genehmigt. Der teilweise an der Eisenbahn liegende Weg wurde ebenso wie ein notwendiges Hinterland von 26 Anliegern einer Straße benötigt. Da die Eigentümer teilweise unerhörte Preise forderten, wurde durch den Regierungskommissar der Bau der Straße unter Einleitung des Enteignungsverfahrens genehmigt, in Angriff

Wintersport in Lichtenberg.

Im Bereich des Verwaltungsbezirks Lichtenberg werden im Winter die innerhalb der öffentlichen Anlagen liegenden Wege und Promenaden, soweit sie nicht für den Fußgängerverkehr unbedingt nötig sind, wie z. B. an Liebergängen, zur Ausübung des Wintersports für Kinder freigegeben. Diese Gehwege werden als bei Schnee und Glatte nicht mit abtupfendem Material besetzt. Sie sind besonders kenntlich gemacht und gelten für den Verkehr als gesperrt. Fußgänger werden zur Vermeidung von Unfallsfällen vor dem Betreten der gekennzeichneten Wege und Plätze gewarnt. Jegliche Benutzung geschieht auf eigene Gefahr, eine Haftung lehnt die Stadt ab. Die Bevölkerung wird gebeten, die Anordnungen des Aufsichtspersonals nach Möglichkeit im Interesse der Allgemeinheit zu unterstügen. Das Bezirksamt hat auch die Rodelbahn auf dem Gelände neben dem Sportplatz an der Irsowallee in Friedrichshagen wieder hergerichtet, die Rodelbahn im Stadtpart ist ebenfalls freigegeben. Die Benutzung ist kostenlos. Auf beiden Bahnen ist eine Aufsicht vorhanden. Nach Eintritt des Frostes werden die städtischen Eisbahnen an der Kynast- und Hahnstraße geöffnet, ebenso die Eisbahn auf der großen Strandfläche des Fließbades an der Köpenicker Chaussee. Die Beleuchtung dieser Bahn hat eine bedeutende Verbesserung erfahren. Eine bessere Bahnverbindung ist durch die Weiterführung der Straßenbahnlinie Nr. 18 vom 19. Dezember ab ebenfalls geschaffen. Die Restaurationsgebäude des Fließbades versprechen den Sporttreibenden und auch den Zuschauern einen angenehmen Aufenthalt. Die Eintrittspreise auf den städtischen Eisbahnen sind sehr niedrig gehalten.

Was ist Togonal?

Togonal-Tabletten sind ein hervorragend bewährtes Mittel bei Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven und Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten!
Schützen Sie sich nicht durch minderwertige Mittel! Sont notarieller Bestätigung anerkennen über 500 Ärzte, darunter viele bedeutende Professoren, die gute Wirkung des Togonal.
Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken. Preis Mk. 1.40.
646 Chn. 124 Lth. 74,3 Acid. acet. sal. ad 100 Amyl.

MERCEDES
Schuhe, das schönste Weihnachts-Geschenk

Schüler zahlen bei Klassenweiser Besuch 5 Pf., sonst 10 Pf., Erwachsene 20 Pf. An Sonntagen beträgt das Eintrittsgeld für Kinder 10 Pf. und für Erwachsene 20 Pf., an Konzerten ab 14 Uhr für Kinder 20 Pf. und für Erwachsene 50 Pf.

Aus den Schulen des Bezirks Treptow.

Nach in den Herbstferien sind wieder in größerem Umfang Renovierungsarbeiten in den Schulgrundstücken ausgeführt worden. Die Schulverwaltung bleibt bemüht, die Schulgebäude im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Mittel in einen guten Zustand zu versetzen und in diesem zu erhalten. Was die für den Bezirk geplanten Neubauten und Erweiterungsbauten betrifft, so kann erfreulicherweise festgestellt werden, daß mit dem Erweiterungsbau der 4. und 5. Volksschule, dem ältesten Schulgebäude im Ortsteil Treptow, in der zweiten Septemberhälfte begonnen worden ist. Es wäre zu wünschen, daß dieser Bau noch vor Eintritt der Frostperiode unter Dach kommt, damit er Ostern benutzungsfähig wird. Es handelt sich zunächst um einen Anbau in der Riefholzstraße, durch den sechs Klassenräume geschaffen werden. Für später ist noch ein weit umfangreicher Anbau in der Riefholzstraße in Aussicht genommen, durch welchen der Doppelschule neben einer großen Aula und einer neuen Doppelturnhalle die Unterrichts- und Nebenräume geschaffen werden sollen, die für eine nach neuzeitlichen Gesichtspunkten eingerichtete Schule erforderlich sind. — Weiter ist nicht damit zu rechnen, daß mit dem so dringenden Schulneubau in Johannistal noch in diesem Jahre begonnen werden kann, da sich über die Anordnung des Baues, insbesondere über die Raumverteilung, eine Einigung mit Berlin noch nicht hat erzielen lassen. Johannistal ist schon jetzt nicht mehr imstande, die im Ortsgebiet vorhandenen schulpflichtigen Kinder aufzunehmen. Dieser Mangel tritt zunächst noch nicht fühlbar in Erscheinung, solange die beiden neuen Schulen in Riederschneweide Kinder aus Johannistal aufnehmen können; aber auch diese Ausnahmemaßnahme findet ihre Grenze in dem Fassungsvermögen der Riederschneweide Schulen.

Mitte Dezember 1927 ist Herr Rektor Stummann, der Vetter der 13. Volksschule in Riederschneweide, als Magistratschulrat in den Verwaltungsbezirk Köpenick berufen worden. Das Rektorat wurde seit jenem Zeitpunkt von den Konrektorinnen vertretungsweise verwaltet. Die Aufsichtsbehörde beabsichtigt zunächst, die Stelle mit einem Lehrerbildner zu besetzen, sie hat dann aber davon Abstand genommen und die Befegung dem Bezirksamt überlassen. Mitte September hat dann die Reumahl stattgefunden, der Antrag auf Befestigung liegt der Aufsichtsbehörde vor.

Etwa 50 schwächliche Kinder aus den Hilfsschulen des Bezirks waren bis zum Beginn der Herbstferien 6 Wochen in dem Landhüter'schen Scheun untergebracht. Der Rektor der Hilfsschule in Oberacheneide und ein Lehrer führten die Aufsicht und erteilten den Unterricht, außerdem war ihnen ein Jugendpfleger zugeeilt. Die Kinder litten draußen in der Natur eine Fülle von nie gesehenem Ansehungsmaterial, das sojektiv im Unterricht Verwendung finden konnte; sie haben erfreuliche Fortschritte gemacht und sich recht gut erholt.

Schwimmunterricht in Neudölln.

Der sozialistische Verwaltungsbezirk Neudölln läßt es sich nicht nur angelegen sein, die aus der Vorkriegszeit stammende Vernachlässigung dieses Bezirkes durch Bau von Grün- und Spielplätzen, neugebauten Schul- und Turngebäuden zu beheben, sondern ist auch vor allen Dingen bestrebt, die vorhandenen kommunalen Ertragsquellen zum Wohl der Gemeinde voll auszunutzen. So hat er das in der Canadasterstraße gelegene, mit zwei Schwimmbecken ausgerüstete Hallenbad durch Aufnahme eines staatsorganisierten Schwimmbetriebes zur rationellsten Ausnutzung gebracht.

Jede der etwa 65 Schulen Neudöllns hat hier allmählich in der Zeit von 8 bis 13 Uhr eine Volksschule (60 Minuten) Schwimmunterricht, in der die Schwimmklasse (2. Klasse oder Untertertia) der Schule von ausgebildeten Schwimmlehrern bzw. Lehrkräften unterrichtet wird. Die anderen Schüler können in der Zeit von 13 bis 16 Uhr Klassenweise und ebenfalls unentgeltlich einem fröhlichen Badebetrieb obliegen, in dem von den betreffenden Lehrern Gewöhnungs- und weitere Fortbildungsarbeit betrieben wird. Im Gegenlag zum Schwimmunterricht wird hierbei aus rationellen Gründen ein 45-Minuten-Betrieb durchgeführt, so daß jede Schule je nach ihrer Schülerstärke 1 bis 2 Badestunden für die Woche zuerzucht erhalten konnte. Im Schwimmbetrieb über 60 Minuten hinauszuweisen ist verboten, die große Anzahl vorhandener Schulen und zum andern ist zu bedenken, ob ein regelmäßiges längeres Baden nicht bei einzelnen Schülern gesundheitliche Schäden nach sich ziehen könnte.

Das alljährlich stattfindende Schwimmfest zeigt in seiner Entwicklung — was zahlenmäßige Beteiligung und qualitative Leistung anlangt — eine stetig aufwärtsstrebende Kurve bei Knaben und Mädchen. Durch das Vorhandensein von zwei Bassins konnte der Schwimm- und Badebetrieb bei den Mädchen ebenfalls durchgeführt werden. Die Erfolge dieses „obligatorischen Schwimmjahres“ sind in kurzer Zeit nur verschwindende Ausnahmen von schwimmunfähigen Schülern Neudöllner Schulen absolviert worden.

Ehre den Parteijubilaren!

Durch eine erhebende und sehr gut besuchte Feier ehrte am Mittwoch die 80. Abteilung ihre Parteijubilare in der Aula des Helmholtz-Gymnasiums in Friedenau. Nach einleitenden musikalischen und gesanglichen Beiträgen durch Fräulein Braun und den Schöneberger Männergesangsverein Freundschaft sprach Genosse Friedrich Wendel einen gütigen selbstverfaßten Prolog. In seiner Rede gab Genosse Reichstagsabgeordneter Wendt einen kurzen Überblick über die Geschichte der Partei. Er sprach von den Versagungen und Drangsalierungen unserer Anhänger unter Bismarck, von der Rot und dem Elend jener Jahre und verglich damit die heutige Stellung unserer Partei. Der Abteilungsführer Genosse Pfeiffer betonte besonders, daß diese Feier nicht der Verherrlichung einzelner dienen solle, sondern daß ihr Zielgedanke die Pflege sozialistischer Gemeinschaftsgefühle sei. Er konnte alsdann die Ehrenmedaille der Partei an 18 Jubilare, die 25—44 Jahre unserer Sache treu geblieben, mit Worten des Dankes und dem Gelöbniß, ihnen nach-

zueifern, überreichen. Für den heiteren Teil des Abends sorgte Genosse Hofmann mit seinen Regitationen und Liedern zur Pause. Ein schöner Abend, der allen Teilnehmern noch lange im Gedächtnis bleiben wird.

Zu einem tiefen Erlebnis wurde auch die Feierstunde, die die 99. Abteilung, Brig. Budom zu Ehren ihrer Jubilare am Sonnabend in Baders Festsaal veranstaltete. Nach mehreren Musikvorträgen rezitierte Genosse Schmajov einen pöfenden Vortragsprolog Franz Rothenselders. In den Dienst der guten Sache hatten sich u. a. auch Mitglieder des „Jungen Chors“ gestellt. Ernste und heitere Begeben. Die prächtig geschulte Sängerschore fand ein dankbares Publikum. Im Mittelpunkt des Abends stand die

Rede des Genossen Hermann Stein, die ein großes Einheitsbestimmnis zur sozialistischen Idee bildete. Er mahnte die Jugend, das große Erbe, das uns unsere Vorkämpfer Engels und Marx einst hinterlassen, ebenso zu verteidigen und zu wahren, wie es unsere Ältern, die wir jetzt ehren, getan haben. Den Dank überbrachte für die Partei bzw. für die 99. Abteilung der Genosse Gantber, der auch den 48 Jubilaren die Ehrenmedaille überreichte. Für die Jubilare dankte Genosse Hartmann, der auf eine 43jährige Parteiloyalität zurückblicken kann. Er schloß mit dem Gelöbniß zur Weiterarbeit zum Wohle der Partei. Erwähnt seien noch die Regitationen und Lautengesänge des Genossen Fröh Hofmann. Seine Darbietungen fanden reichen Beifall.

Förderung des Milchkontrollwesens

1 Million Mark bereitgestellt.

In einer im preussischen Landwirtschaftsministerium stattgefundenen Besprechung über die Notwendigkeit der besonderen Förderung des Milchkontrollwesens in Preußen, an der Vertreter sämtlicher Landwirtschaftskammern teilnahmen, hatte der Minister in Aussicht gestellt, daß, sobald die erwarteten Geldmittel verfügbar seien, mit allem Nachdruck an die Inangriffnahme der im einzelnen besprochenen Maßnahmen gegangen werden solle. Aus dem Rotprogramm und besonderen Mitteln Preußens ist nunmehr für diesen Zweck ein Betrag sichergestellt, der sich insgesamt auf 1 Million Reichsmark für Preußen beläuft. Die Möglichkeit der Durchführung des Plans, Hand in Hand mit besonderen Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung und Abschärfung der inländischen Milch- und Molkereiprodukte, ist somit sichergestellt.

Der allgemeine Plan, von dem gewisse Abweichungen je nach Lage der örtlichen Verhältnisse zulässig sind, ist, wie der Minister dem Preussischen Pressedienst einem Rundschreiben des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten mitteilt, folgender:

Dort, wo das von der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft anerkannte Milchkontrollwesen vornehmlich in bäuerlichen Betrieben zu einer mehr oder minder geschlossenen Einführung nicht zu bringen ist, ist ein vereinfachtes Verfahren der Milchleistungsprüfung, möglichst gemeindefreie organisiert (Einheit die Gemeinde), anzulegen. Die Kontrolle soll zunächst lediglich die quantitative und qualitative Bestimmung zum Ziele haben, und zwar soll möglichst so verfahren werden, daß eine vertrauenswürdige Persönlichkeit (früherer Schüler einer landwirtschaftlichen Schule, pensionierter Beamte usw.) die Milchmenge in etwa drei- bis vierwöchigem Turnus ermittelt und bucht, weiter die

Milchproben nimmt, diese in besonderen Versandkästen an die Festunterstützungsstelle (landwirtschaftliche Schule, Molkerei, Nahrungsmittelunterstützungsamt usw.) leitet und deren Mitteilung über den letzten Untersuchungsbesuch einträgt. Die Kosten für die Probenahme als solche, die je Kuh zu ermitteln sind, soll im allgemeinen der Landwirt tragen und jeweils nach der Probenahme an den Probenehmer zahlen.

Inwieweit und wie eine zweckmäßige Fütterberatung durch entsprechende Ausbildung der Probenehmer in kürzeren Kursen oder von einer zentralen Stelle, weiter die Auswertung der Jahresabschlüsse einbezogen werden kann, will der Minister der örtlichen Prüfung überlassen.

In dem Rundschreiben wird besonders hervorgehoben, daß diese Art der Kontrolle, die mit einfachsten Mitteln, wenig und übersichtlichen Schreibeit durchzuführen ist, eine Vorstufe für die anerkannte Milchkontrolle darstellen, nicht aber diese etwa ersetzen oder ablösen soll. Es ist zweckmäßig, auch die Kreisverwaltungen hierfür zu interessieren und sie unter Hinweis auf die besondere wirtschaftliche Bedeutung der Frage zu veranlassen, die Gemeindevertretungen zur Mitarbeit aufzufordern.

Die zu gewährenden Unterstüzungen dürfen nur solchen Vereinen gewährt werden, die auf Grund und im Sinne dieses Erlasses neu errichtet worden sind. Ausnahmeweise kann mit ausdrücklicher Einwilligung des Ministers dort, wo die vorstehend erwähnte Organisation nicht durchführbar ist, eine Gewährung von Mitteln auch an neu zu gründende anerkannte Milchkontrollvereine (D.M.G.) erfolgen.

Preußen und das Konkordat.

Kreisversammlung Weissenfee.

Die Mitgliederversammlung des Kreises Weissenfee beschäftigte sich mit dem Kampf gegen das „Konkordat“ in Preußen. Genosse Rektor Hädicke ging in seinem Vortrag von der Entstehung der wirtschaftlichen und politischen Macht der Kirche aus und ergänzte das Wort Eduard Bernsteins von der Notwendigkeit, die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen, indem er die gleiche Forderung nach der kulturellen Seite hin erhob und begründete. Der Vortragende streifte den „Überlaß“ an der katholischen Kirche durch Reformation und Säkularisation. Er ging von den Verträge zwischen Preußen und der Kurie von 1821 aus und erklärte am Beispiel des bayerischen Konkordats die Notwendigkeit der Forderung für unsere Partei, unter Abweisung eines Kulturkampfes jegliches Konkordat als den Grundrechten des Volkes widersprechend abzulehnen. Die Versammlung nahm geschlossen die folgende Entschließung an:

„Nach Presseberichten verhandelt die preussische Regierung mit dem päpstlichen Stuhl über ein Konkordat. In diesem Konkordat sollen angeblich alle Schulfragen unberührt bleiben. Eine solche verstoßende Zusicherung darf die Partei nicht abhalten, den grundsätzlichen Kampf gegen das Konkordat in breiter Öffentlichkeit auszuheben. Im gesamten gesellschaftlichen Geschehen sind die ständig wachsenden Machtansprüche der katholischen Kirche mit ungemieiner Klarheit seit Jahren zu erkennen, so daß die Öffentlichkeit mit Beforgnis die Heftigkeit der Verhandlungen, die gegenwärtig geführt werden, verfolgt. Da die arbeitenden Massen am stärksten durch die finanziellen Auswirkungen des Konkordats belastet werden, muß die Partei sich verpflichtet fühlen, in ihrem Interesse die Führung im Kampf gegen das Konkordat zu übernehmen und ohne Rücksicht auf die Koalitionspolitik, jedem päpstlichen Machtanspruch entgegenzutreten. Schon heute besteht der unerhörte Zustand, daß kein Mensch den Vermögensstand der katholischen Kirche auch nur annähernd schätzen kann, da sie das paradiesische Recht besitzt, trotz ständiger Staatszuschüsse, nicht Rechnung legen zu müssen. Von neuem wird durch nicht abzusehende Zusammenhänge und Vermögensaufwertungen und durch den Ausbau der katholischen Diözesan-Gemeinden die Agitationskraft des katholischen Klerus auf unabsehbare Zeiten gesichert. Da dieses Beginnen geradezu den Lebensnerv der sozialistischen Arbeiterbewegung trifft und den kommenden Generationen gemaltige Nachteile schaffen wird, ist es höchste Zeit, daß die Partei alle Abwehrmaßnahmen ergreift. Die Funktionäre des 18. Kreises fordern vom Bezirksvorstand stärkste Einfuhrnahme auf den Parteivorstand, um die in Preußen führenden Genossen vor parteischädigendem Verhalten zu warnen und selbst in kürzester Zeit das Signal zum Kampf gegen diesen Teil der Weltmachtspolitik des Katholizismus zu geben.“

Vortrag über die russische Revolution.

In seinem zweiten und letzten Vortragsabend vor den Neudöllner Genossen sprach Professor Abramowitsch sehr eingehend über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse

Rußlands. Das Referat war eine ausgezeichnete Ergänzung zu den tagesspolitischen Mitteilungen über die russischen Verhältnisse. Der Referent verstand es, seinen Hörern die Partei- und Klassenrichtungen aufzuzeigen. Als der Zarismus zerbrach und die lastenden Verträge, einen demokratischen Volksstaat zu schaffen, unternommen wurden, hatten es die Bolschewisten sehr leicht, ihre Parole „Alles Land den Kleinbauern“ an die Massen zu bringen. Nur eine Partei, wie die reichlich auf gebauten bolschewistischen Organisationen, konnte das Doppelspiel treiben, für den Industriearbeiter den Sozialismus und für den Bauern den Privatkapitalismus zu fordern. Die russischen Bolschewisten haben, das zeigte der Referent an ausgezeichneten Beispielen, auch wirtschaftlich nicht die klaren, klassenmäßig bestimmten Forderungen. Für sie macht es nichts aus, auch einmal den Privatkapitalismus zu verteidigen, wie es zurzeit geschieht. Die gesamte auswärtige Politik Rußlands ist heute darauf eingestellt, möglichst viel Auslandskapital nach Rußland zu bringen. — Der Referent fand starken Beifall. Eine Reihe Fragen, die im Anschluß an das Referat gestellt wurden, bewies, daß die Zuhörerschaft mit gespanntester Aufmerksamkeit den Ausführungen gefolgt war.

Der gemeinnützige „Pflanzerverein Freie Scholle, Reinickendorf-Ort“, hat seine Weihnachtsfeier in den Neuen Hubertusgärten zu Reinickendorf-Schönholz abgehalten. Das Fest, an dem etwa 800 Personen teilnahmen, wurde durch einen Musikchor eingeleitet. Daran schloß sich die Begrüßung der Erschienenen durch den Vorsitzenden, ein Prolog und durch Kinder gespielte „Dezemberstücke“. Die Besprechung der Kinder mit nur nützlichen Sachen folgte, und daran schloß sich, wie jedes Jahr, eine Verteilung von Lebensmitteln aller Art an eine größere Anzahl der Armen des Bezirkes, die aus Vereinsmitteln und freiwilligen Spenden der Mitglieder beschafft wurden.

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung E. V.

Bezirk Groß-Berlin — Berlin SW 29, Gneisenaustr. 41
Geöffnet von 9 bis 3 Uhr, Sonnabends von 9 bis 1 Uhr

Wer vor dem 31. Dezember 1928 den Kirchenaustritt vollzieht, braucht nur bis 31. März des folgenden Jahres Kirchensteuern zu zahlen.

Kirchenaustritte können ohne Arbeitszeitverlust vollzogen werden:

- SW 29, Gneisenaustr. 41 (Freidenkerhaus): Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7 bis 8 Uhr abends.
- N 65, Reinickendorfer Str 118, v. II: Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends.
- O 17, Große Frankfurter Straße 141, v. II rechts: Dienstag und Freitag von 7 bis 8 Uhr abends.
- Charlottenburg, Rosinenstraße 4 (Jugendheim): Sonnabend von 5 bis 6 Uhr abends.

Die Notariatsgebühr beträgt p. Person 2 M. Personalausweis ist vorzulegen

Auf den Weihnachtstisch!

Kaiser-Fest-Kaffee

IM GESCHENKBEUTEL
Ausgewählte Mischungen
VON MK. 2,40 BIS 4,80 DAS PFUND

5%

RABATT
IN MARKEN (ZUCKER AUSGESCHLOSSEN)

KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT

ÜBER 1000 FILIALEN

Der Wahlkonflikt in Sachsen.

Die sozialdemokratische Fraktion beantragt Ungültigkeits-
erklärung der Landtagswahlen.

Dresden, 20. Dezember. (Eigenbericht.)

Die sozialdemokratische Fraktion hat im sächsischen Landtag folgenden Antrag eingebracht: „Nach einem der sächsischen Landtage am 13. Februar 1926 zugestimmten Reichsgerichtsurteil hat das Reichsgericht entschieden, daß § 14 Abs. 5 des Bundeswahlgesetzes für den Freistaat in der Fassung vom 8. Oktober 1926 und die §§ 20 Abs. 2 und 26 Abs. 1 und 2 der Landeswahlordnung vom 8. Oktober 1926 gegen Artikel 17 der Reichsverfassung verstoßen. Der Landtag wolle daher beschließen: 1. die am 31. Oktober 1926 stattgefundene Wahl des sächsischen Landtags ist ungültig; 2. Der Landtag besteht in seiner gegenwärtigen Zusammenfassung in Unrecht, der Landtag wird aufgehoben.“

Erst wenn im Landtag über diesen Antrag entschieden ist, wird es möglich sein, eine Entscheidung des Staatsgerichtshofs über die Gültigkeit der Wahlen von 1926 herbeizuführen. Der Staatsgerichtshof hat sich bisher auf den Standpunkt gestellt, daß er über die Gültigkeit von Wahlen erst entscheiden kann, wenn sich vorher die zuständigen Bundesinstanzen mit der Frage abschließend befaßt haben.

Kasernengeist im Zollamt.

Reichsfinanzminister Hilferding schafft Abhilfe.

Der Präsident des Bundesfinanzamtes Königsberg hatte durch den stellvertretenden Präsidenten Caspary, der im Rahmen einer Führer- und Reizegerverleihe ist, am 11. Mai 1926 eine Strafanzeige in Höhe von 10 M. gegen einen Zollschiffer erlassen, weil dieser dem Zollinspektor Holde gegenüber bei Abfertigung einer unrichtigen Rechnung nicht „die erforderliche Achtung“ erwiesen hätte. Der Zollschiffer hatte nämlich seinem Vorgesetzten in höflicher Form „Guten Tag“ gewünscht, während der Zollinspektor Holde, obwohl er in Zivil war, auf einer militärischen Rechnung bestand, das heißt er verlangte, der Zollschiffer habe bei der Meldung „Hilf aufstehen und die Haken zusammenzuwickeln“.

Derselbe Zollinspektor Holde vom Hauptzollamt Holländerbaum in Königsberg erteilt Verfügungen an seine Beamten, in denen folgendes steht:

„... Ferner lauten einzelne Beamte mit heilgraven Hosen und offenem grauem Rock wie Postschweiden herum. Es war ein Skandal. Sehe ich das noch einmal, so werde ich die betreffenden bestrafen. Die altpreussischen Säbner waren stolz darauf, im Gegenlicht zu Reitersträgern und Eisenbahnern, die Waffe tragen zu dürfen. Es ist mir unverständlich, daß Zollbeamte sich nicht schämen, auf der Straße ohne Säbel herumzulaufen — wie Hunde ohne Jagel.“

Die republikanische Beschwerdebefreiung Berlin wandte sich an den Reichsfinanzminister der Finanzen und erhielt unter dem 1. Dezember 1926 folgenden Erlass:

„Auf die Beschwerde des Oberzollschiffers ... in ... gegen die Strafanzeige des Präsidenten des Bundesfinanzamtes Königsberg vom 31. Mai 1926 ist die Strafanzeige wegen der dem Beamten unvorschriftsmäßige Rechnung und Haltung zum Vorwurf macht, aufgehoben und ... lediglich wegen ungebührlicher Redensarten und wegen unwahrer Angaben bei einer dienstlichen Vernehmung unter Aufhebung der Geldstrafe von 10 M. mit einem Verweis bestraft worden.“

Das Verhalten des Zollinspektors Holde in Königsberg ist gerügt worden. Von einer schärferen Bestrafung habe ich wegen der Erkrankung des Beamten und da er sein Pensionierungsgesuch eingereicht hat, abgesehen.

Die Entfernung der beanstandeten Verfügungen aus den Akten ist angeordnet worden.“

Krisenluft in Frankreich.

Zusangepunkt: Rentenerhöhung.

Paris, 20. Dezember. (Eigenbericht.)

Das vom Justizminister vorbereitete Projekt eines neuen Rentengesetzes wird bereits am Sonnabend vom Präsidenten der Republik unterzeichnet werden. Die in diesem Gesetz vorgesehene Rentenerhöhung erregt in der breiten Öffentlichkeit heftige öffentliche Beunruhigung, aus der die stets wachsende Opposition der Linksparteien ohne Zweifel ihre Nahrung ziehen wird. Den Kernpunkt dieser Opposition bildet noch immer das von der Regierung beschlossene Gesetz über die Zulassung der Kongregationen in Frankreich. Falls dieses Gesetz überhaupt von der Kammer angenommen wird, dürfte das nur mit einer ganz schwachen Majorität geschehen. Auch der Kampf um die Erhöhung der Pensionen droht der Regierung gefährlich zu werden. Die parlamentarische Situation des Kabinetts hat sich in der letzten Zeit so verschlechtert, daß zur Annahme einer halb möglichen Kabinettskrise kaum mehr eine große Programmpunkte gehört.

Politische Wendung im Finanzskandal.

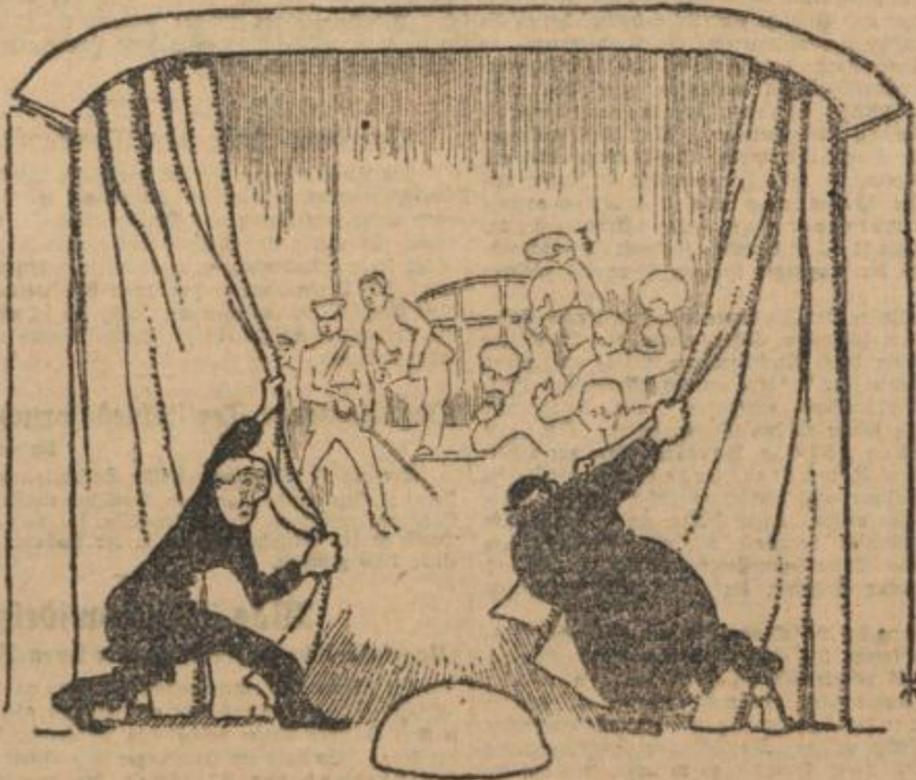
Briand und Poincaré mit hineingezogen.

Paris, 20. Dezember. (Eigenbericht.)

Am Skandal der „Gazette du Franc“ ist am Mittwoch eine hochbedeutsame politische Wendung eingetreten. Der Untersuchungsrichter hat dem Chefredakteur der „Gazette du Franc“ Audibert mitgeteilt, daß er ihn wegen Mißhandlung unter Verhaftung stelle und sofort verhaften lasse, sobald es sein Gesundheitszustand zulasse. Audibert hatte bekanntlich beim Ausbruch des Skandals eine schwere Herzkrise erlitten. Die Aufkündigung des Untersuchungsrichters scheint ihn aufs höchste erregt zu haben. Auf jeden Fall bestand er darauf, dem Untersuchungsrichter sofort eine Reihe von Erklärungen abzugeben: Er habe Frau Hanau in Lille bei einer Kundgebung für den Weltverband kennengelernt. Frau Hanau habe ihm die redaktionelle Leitung der „Gazette du Franc“ angeboten, doch er habe sich wegen seiner Beziehungen, um sich zunächst zu erkundigen. Er sei zum Duval d'Orsay gegangen, um dort seine Erklärungen einzubringen und habe eine durchaus zufriedenstellende Auskunft erhalten. Finanzminister Briand selbst habe ihm für die erste, unter seiner Verantwortung erschienenen Nummer, eine handschriftliche Erklärung zur Verfügung gestellt. Kurze Zeit darauf habe er mit Weinsberg-Präsident Poincaré eine mehrstündige Unterredung gehabt, deren Inhalt er natürlich nicht mitteilen könne, aber während dieser Unterredung habe ihm auch Poincaré eine schriftliche Erklärung für die „Gazette du Franc“ zur Verfügung gestellt, die am 2. April erschienen sei. Er habe also durchaus im guten Glauben gehandelt, zumal er auf den Handelsstil der „Gazette du Franc“ keinen Einfluß gehabt habe und auch seinen haben wolle, denn er verfolge nur Finanzen nicht.

Sturm gegen das Theater.

Rechtswissenschaftler und Zentrum haben im Reichstagen
Landtag Anträge gegen die „Auswüchse des Theater-
lebens“ eingebracht.



„Vorhang zu! Wir wollen nicht auf der Bühne die Wirkungen unserer religiös-
sittlichen Erziehung sehen!“

Wie steht es mit Amanullah?

Widerprüchsvolle Meldungen.

London, 20. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Lage in Afghanistan scheint im Gegensatz zu den von der hiesigen eigentlichen Gesundheitsherausgeberschaft herabgesetzten Erklärungen doch sehr ernst zu sein. Während die Gesundheitsbehörde nur von einem Angriff einer Räuberbande spricht, hatten die britischen Berichte davon Zeugnis, daß es sich tatsächlich um einen Angriff Aufständischer handelt, deren Ziel der Sturz Amanullahs ist. Nach den letzten Berichten sind mehrere Angriffe auf Kabul durch die Truppen Amanullahs, die durch Jangjunge unterstützt wurden, zurückgeworfen worden. Inzwischen sollen bereits Verhaftungen aus mehreren anderen Grenzgebieten Afghanistans in Kabul eingetroffen sein.

Ein Lagebericht des Sowjetgesandten.

Konowo, den 20. Dezember.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Außenkommissariat einen eingehenden Bericht über die Lage in Kabul erhalten. Danach wurde die afghanische Hauptstadt am 14. Dezember von einer Gruppe Aufständischer besetzt, die von ihnen in der Stadt befindlichen Anhängern unterstützt wurden. Die Aufständischen seien bis zur türkischen und italienischen Gesandtschaft vorgedrungen und hätten diese beschossen. 36 Stunden lang hätten die Aufständischen das Zentrum der Stadt gehalten. Erst am 16. Dezember seien sie von den Regierungstruppen unter persönlicher Führung Amanullahs nach Norden abgedrängt worden. Die Aufständischen hätten sich dann verzogen und hätten nunmehr die Regierungstruppen erheblichen Widerstand. Am 17. Dezember hätten die Regierungstruppen mit Unterstützung von Flugzeugen und Artillerie einen neuen Angriff unternommen, um die Aufständischen aus dem Tal Bogu-Ratu zu verdrängen. Die Regierungstruppen hätten

dabei erhebliche Verluste erlitten. Der Bericht schließt mit der Behauptung, daß den Besatzungen erhebliche Bedeutung beizumessen sei und daß sich das Schicksal Amanullahs schon in den nächsten Tagen entscheiden dürfte.

Ein weiteres Telegramm des Botschafters der Sowjetunion in Kabul, das an Simons gerichtet ist, besagt, daß die Sowjetbehörden während der ganzen Zeit der Kämpfe ihre Arbeiten nicht unterbrochen habe. Die Mitglieder der ausländischen Vertretungen in Kabul seien wohl auf die Stadt sei ohne Licht, da die Aufständischen das Elektrizitätswerk zerstört hätten. An der Stadt werde zurzeit nicht gekämpft. Weitere Kämpfe zwischen den Aufständischen und den Regierungstruppen seien jedoch zu erwarten.

Unterstützt England die Kabul-Rebellen?

Den „Sozialdemokratischen Beobachter“ wird berichtet: Die Bewegung der mohammedanischen Orthodoxen gegen die Reformpolitik König Amanullahs hätte niemals darauf an Ausbeutung gewinnen können, wenn sie nicht von Indien her Unterstützung gefunden hätte. Die ausländischen Stämme der Nordgrenze sind nämlich mit Waffen und Munition versehen und sie sind bestrebt, in der Lage, energischen Widerstand zu leisten. Das Hauptquartier der Rebellen befindet sich in Peshawar und sie streben sich der wohlwollenden Förderung der anglo-indischen Behörden.

England hat ein besonderes Interesse der Politik König Amanullahs Schwebefaktoren zu machen, da es die Annäherung des Königs an Rußland, Dänemark und die Türkei sehr störend für seine Politik in Innerasien empfindet und auf diesem Wege versucht, ihn zurück zu bringen, um Afghanistan wieder unter englischen Einfluß zu bringen.

Die Erklärungen Kubieris sind dem Duval d'Orsay höchlich unangenehm, denn er hat am Mittwoch abend schon ein allerdings sehr schwaches Dementi veröffentlicht. Es heißt darin, am Duval d'Orsay wolle man nicht, worauf sich die Behauptungen Kubieris beziehen könnten. Der Duval d'Orsay besitze keinerlei besondere Informationen über die Presse, außerdem gehöre es nicht zu seinen Aufgaben, Auskunft über gewisse Zeitungen zu geben.

Deutschlands Leistungsfähigkeit.

Dortler Silberts Halbjahresbericht veröffentlicht.

Paris, 20. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Duval d'Orsay wird am Freitag von zwischen den Allierten und der deutschen Regierung über die Bildung des Sachverständigenkomitees getroffene Einvernehmen veröffentlicht. Das Kommuniké wird ein Bericht über die seit Oktober geführten Verhandlungen beigegeben.

In der zweiten Hälfte der kommenden Woche erfolgt die Veröffentlichung des Berichts Dortler Silberts über das abgelaufene Rechnungsjahr. Der Bericht enthält die Feststellung, daß Deutschland bisher allen seinen Zahlungsverpflichtungen nachgekommen ist, ferner ein ausführliches Exposé über die Leistungsfähigkeit Deutschlands sowie einen neuen Hinweis auf die Notwendigkeit der Regelung der Reparationsfrage.

Die Vermittlungsaktion in Südamerika.

Saldige Beilegung, aber noch immer Kriegspoker.

London, 20. Dezember. (Eigenbericht.)

Die südamerikanische Krise scheint ihrer baldigen Beilegung entgegenzugehen. Das Vermittlungskomitee der

Panamerikanischen Konferenz hat Bolivien und Paraguay aufgefördert, durch ihre Gesandten in Washington dem Komitee die Ansichten ihrer Regierungen über eine Beilegung der Auseinandersetzung bei Front-Bangwarbia mitzuteilen. Das bedeutet, daß das Komitee den Grund für den Ausbruch der Feindschaften festzustellen beabsichtigt, also den Grenzstreit selbst zunächst außer acht lassen wird. Dieser wird auf Grund des in Buenos Aires am 22. April 1927 unterzeichneten Protokolls von der argentinischen Regierung, die den Vermittler spielen wird, gelöst werden. Zuvor sollen aber die beiderseitigen Rüstungen weitergehen. In der Grenzregion sollen fortgesetzt mit Soldaten überfüllte Eisenbahngänge einreisen, die von erregten Menschenmengen enthusiastisch begrüßt werden.

Kanfang-Regierung anerkannt.

Von England, Frankreich, Schweden, Holland und Portugal

London, 20. Dezember. (Eigenbericht.)

Am Donnerstag kurz nach Mitternacht wurde in Kanfang von dem Außenminister Wang und dem britischen Gesandten Sir Miles Compton ein neuer britisch-chinesischer Zollvertrag unterzeichnet, nachdem sich England bereit erklärt hatte, prinzipiell die chinesische Zollökonomie in jeder Beziehung anzuerkennen. In Kanfang selektiert man die Unterzeichnung des Vertrages mit Recht als ein politisches Ereignis ersten Ranges, da die de jure-Anerkennung des nationalen chinesischen China durch England bedeutet. Außerdem wurden im Laufe der letzten 24 Stunden entsprechende Verträge mit Frankreich, Schweden, Holland und Portugal unterzeichnet. (Die Vereinigten Staaten und Deutschland sind diesen Ländern notangegangen. Von den übrigen Mächten scheint einstweilen nur Japan diesen Schritt zu scheuen. A.H.)

